

Konferenz der aus dem Kinder- und Jugendplan geförderten bundes- zentralen freien Träger

**Partizipation von benachteiligten Kindern
und Jugendlichen in E&C-Gebieten –
Chancen für neue Entwicklungen?!**

Dokumentation der Veranstaltung vom
10. und 11. Dezember 2001 in Kassel

Impressum

Herausgeber:
Regiestelle E&C der Stiftung SPI
Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin
„Walter May“
Nazarethkirchstraße 51
13 347 Berlin
Telefon 030. 457 989 - 0
Telefax 030. 457 986 - 50
Internet: <http://www.eundc.de>
Email: regiestelle@eundc.de

Ansprechpartnerin:
Sandra Scheeres

Layout:
monteVideo Mediadesign

Redaktion:
Lisa Kuppler (Wels Productions),
Sandra Scheeres

Inhalt:

- 4 Sandra Scheeres
Vorwort

- 6 Ursula Winklhofer
Deutsches Jugendinstitut e.V.
Entwicklung des Partizipationsdiskurses und seiner Zielsetzungen – Gütekriterien bei der Beteiligung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen

- 13 Matthias Bartscher
Kinderbeauftragter der Stadt Hamm,
Stadtteilkoordinator Hamm-Norden
Ermutigung zur Partizipation in E&C- Gebieten – Bericht über die Erfahrungen und Benennen von Chancen für die freien Träger

- 27 Martin Schabler
Nursel Balci
Jung sein und Leben in unserem Stadtteil Bismarck/Schalke Nord (Julius B), Bauverein Falkenjugend Gelsenkirchen e.V.
Partizipation, Kooperation und Netzwerk im Quartier: „Und jetzt beteiligen wir euch“ – Erfahrungen aus dem Quartiersmanagement in Gelsenkirchen Schalke Nord

- 33 Matthias Loerke
Geschäftsführer, Sportjugend Sachsen-Anhalt
Bernhard Wittke
Projektleiter, mobiles Streetball Projekt
Wie gelingt es, benachteiligte Kinder und Jugendliche zu beteiligen, die nicht in Verbänden oder Freizeiteinrichtungen integriert sind? – Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in einer Trendsportart

- 38 **Fragestellungen und Diskussion in den Arbeitsgruppen**

- 40 **Autor/innen**

- 41 **Literatur**

- 43 **Tagungsprogramm**

- 45 **Teilnehmerliste**

Vorwort

Am 10. und 11. Dezember 2001 fand in Kassel die vierte Zielgruppenkonferenz der aus dem KJP geförderten, bundeszentralen freien Träger statt. Die Veranstaltung stand unter dem Thema „Partizipation von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in E&C-Gebieten – Chancen für neue Entwicklungen?!“ Zur Vorbereitung der Konferenz hatten sich am 10. Oktober 2001 Trägervertreter/innen in Berlin getroffen und inhaltliche Positionen, Zielstellung und den Ablauf für die Konferenz abgestimmt (Protokoll unter www.eundc.de).

Viele Kommunen stehen heute vor der Herausforderung, angesichts eigener struktureller Widerstände und der individuellen Problemlagen ihrer Bürger/innen sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten. Für die Zukunft der Städte wird es aber entscheidend sein, ob es den Kommunen gelingt, Bürger/innen – und damit auch Kinder und Jugendliche – in die Lösungen von Problemen und in die Stadtteilplanung in den Quartieren mit einzubeziehen. Die Miteinbeziehung unterschiedlicher Bürgergruppen kann mehr Verantwortungsgefühl und Identifikation mit dem Quartier und einer Stadt herbeiführen. Eine Lösung ohne Einbeziehung der betroffenen Menschen und die damit verbundene Bündelung öffentlicher und privater Ressourcen erscheint dagegen wenig erfolgversprechend.

Gerade Kinder und Jugendliche werden in einer Welt groß, die fast ausschließlich von anderen, nämlich den Erwachsenen, gestaltet wird. Sie sind daher ein guter Indikator, ob die Einbindung von Gruppen, die bisher aus dem Gestaltungsprozess ausgegrenzt wurden, auf kommunaler Ebene gelingt.

Das E&C-Programm bietet Spielraum für unterschiedliche Ansätze und Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Das Programm knüpft dabei an den Schwerpunkt Bürgermitwirkung der Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ an. Das E&C-Programm hat der Thematik Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Programmplattform einen besonderen Stellenwert eingeräumt. Eine Vielfalt von Formen der Beteiligung sind flächendeckend notwendig, damit viele Kinder und Jugendliche erreicht werden können. Unterschiedliche Beteiligungsverfahren ermöglichen, dass verschiedene Zielgruppen Berücksichtigung finden und nicht nur „Elitejugendliche“ angesprochen werden. Neue Modelle und Projekte sollen erprobt und entwickelt werden, sowie erfolg-

reiche Ansätze ausgebaut werden, die die soziale, berufliche und gesellschaftliche Integration junger Menschen in sozialen Brennpunkten fördern. Hier spielen die bundeszentralen freien Träger und die Träger vor Ort eine wichtige Rolle.

Zum Konferenzablauf

Der erste Tag der Konferenz diente dem grundsätzlichen Einstieg in die Thematik der Partizipation von benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Daneben ging es auch um die Anforderungen an die freien Träger bei der Verwirklichung von Partizipation. Am zweiten Tag stand der Austausch von Erfahrungen und das Entwickeln von Thesen in Arbeitsgruppen bzgl. der Angebote und Strukturen für lokale Aktivitäten im Mittelpunkt. Hierzu wurden „models of best practice“ präsentiert und diskutiert.

Einführende Referate präsentierten einen Überblick über den Partizipationsdiskurs und den gegenwärtigen Stand der Diskussion zum Schlagwort „Beteiligung“. Sie gingen dabei besonders auf die durch die Partizipationsverfahren gebotenen Möglichkeiten ein, ebenso auf die damit verbundene Gütekriterien. Chancen wie Grenzen der Beteiligung für junge Menschen wurden aufgezeigt. Ein Schwerpunkt der Vorträge war die Darstellung der sich oft schwierig gestaltenden Beteiligungspraktiken für die Zielgruppe der „problematischen“ Kinder und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten und die damit verbundenen Anforderungen an die freien Träger.

Ursula Winklhofer ging in ihrem Vortrag auf die Entwicklung der Partizipations-Ideen in den letzten Jahren ein, wobei sie auf die rechtlichen Grundlagen der Beteiligungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik einging und die Entwicklung und Verbreitung vielfältiger Praxisformen und Methoden beschrieb. Der zweite Teil des Referates befasste sich mit der Zielsetzung von Partizipation. In diesem Zusammenhang stellte sie Gütekriterien bei der Beteiligung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen vor. Abschließend wurde die Rolle der Erwachsenen in Partizipationsprozessen thematisiert.

Matthias Bartscher präsentierte in seinem Vortrag drei Erklärungsansätze, warum sich freie Träger mit dem Thema Partizipation beschäftigen sollten, und nahm eine Standortbestimmung der aktuellen Entwicklung vor. Dabei ging er auch allgemein auf Grundsätze der Partizipation ein. Als Beispiel hierfür diente ihm das Konzept des Stadtteilentwicklungsprojektes „Hamm-Norden“, an dem er die Bereiche Partizipation und Gemeinwesenverantwortung exemplarisch darstellte und diskutierte. Ausgehend von diesem „model of good practice“ entwickelte Bartscher ein „Ideal des politischen

Prozesses“, das Kinder und Jugendliche ernst nimmt und als gleichwertige Partner in den Partizipationsprozess mit einbezieht.

Der zweite Schwerpunkt der Tagung lag auf der Arbeit in kleineren Gruppen. Es wurden kurze Impulsreferate vorgetragen, die sich intensiv mit der jeweiligen Themenstellung auseinandersetzen. Die Referent/innen beschrieben in ihren Vorträgen Projektansätze, in denen es gelungen ist, bestimmte, oft sehr schwer zu erreichende Gruppen von Kindern und Jugendlichen zu beteiligen. Im Anschluss hatten die Teilnehmer/innen Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen und die Rolle der aus dem KJP geförderten, bundeszentralen freien Träger zu diskutieren.

Die erste Arbeitsgruppe beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Partizipation, Kooperation und Netzwerk im Quartier. Martin Schabler und Nursel Balci vom Projekt „Julius B.“ stellte in ihrem Vortrag „Und jetzt beteiligen wir euch – Erfahrungen aus dem Quartiersmanagement in Gelsenkirchen Schalke-Nord“ ein Beteiligungsprojekt in Bismarck-Schalke Nord vor. Das Projekt verfügt über weitreichende Erfahrungen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Lebenswelten und ist mit dem Quartiersmanagement beauftragt. Hier wurde aufgezeigt, wie es einem freien Träger gelingt, in einem sozialen Brennpunkt Aktivitäten zu entwickeln, die Beteiligungsverfahren zu einem selbstverständlichen Bestandteil der Jugendhilfe zu machen.

In der zweiten Arbeitsgruppe ging es um die Frage, ob und wie die Partizipation von benachteiligten Kindern und Jugendlichen gelingen kann, die nicht in Verbänden oder Freizeiteinrichtungen integriert sind. Matthias Loerke von der Sportjugend Sachsen-Anhalt und Bernhard Wittke vom mobilen Streetball-Projekt Dessau diskutierten diese Fragestellung anhand ihrer Projektvorstellung „Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in einer Trendsportart“.

Die Regiestelle E&C möchte mit dieser Dokumentation zum weiteren Erfahrungsaustausch beitragen und zum verstärkten Engagement für eine Beteiligung von Kindern und Jugendliche durch die freien Träger in E&C-Gebieten anregen.

Ursula Winklhofer

Entwicklung des Partizipationsdiskurses und seiner Zielsetzungen – Gütekriterien bei der Beteiligung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen

Die folgenden Ausführungen gründen sich auf die Arbeiten in dem Projekt „Modelle gesellschaftlicher Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“, das im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) am Deutschen Jugendinstitut durchgeführt wurde. Schwerpunkt der ersten Projektphase war eine quantitative Erhebung zu Verbreitung, Formen und Ausgestaltung von Beteiligungsmodellen in der Kommune (BRUNER/ WINKLHOFER/ ZINSER 1999). Fragen nach der Qualität der Prozesse in den Beteiligungsmodellen und ihren Auswirkungen standen im Mittelpunkt der zweiten Projektphase. Untersucht wurden ausgewählte Beteiligungsmodelle aus den Bereichen Kindertagesstätten, Schulen, Jugendverbände und Kommune. Einbezogen wurde z.B. ein Kinderparlament im Kindergarten und das Modell eines Schulstaats an der Hauptschule, ein Demokratiemodell im Zeltlager in der Jugendverbandsarbeit, ein Jugendforum und ein Mädchenprojekt im Bereich der Kommune. Eine besondere Rolle spielen in dieser zweiten Forschungsphase die Perspektive der Kinder und Jugendlichen und ihre Erfahrungen bei der Mitwirkung in den verschiedenen Modellen (BRUNER/ WINKLHOFER/ ZINSER 2001).

1. Entwicklung des Partizipationsdiskurses

Ausgehend von der Studentenbewegung fanden die Ideen von mehr Bürgerbeteiligung und Partizipation in der Ökologie- und Friedensbewegung und in einer Vielfalt von Bürgerinitiativen ihren Ausdruck. Der Diskurs um Partizipation von Kindern und Jugendlichen schließt sich jedoch nicht direkt an die politischen Bewegungen der siebziger und frühen achtziger Jahren an. Erst nachdem diese Bewegungen abgeebbt waren, in einer Zeit, als das politische Klima eigentlich als stagnierend und reformunfähig empfunden wurde, hat man die Kinder als politische Subjekte entdeckt.

Die Entstehung der Debatte um die Partizi-

pation von Kindern und Jugendlichen hat unterschiedliche Wurzeln, die in einem komplexen Gefüge miteinander verbunden sind und sich gegenseitig beeinflussen. So gehört sicherlich dazu, dass die emanzipatorischen Ideen der siebziger Jahre eingeflossen sind in die Erstellung des 8. Jugendberichts und in die Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes, das heutige Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). Auf zwei dieser „Wurzelstränge“ soll hier näher eingegangen werden: zum einen die Debatten zur Kinderpolitik und zum anderen eine veränderte Sichtweise auf Kinder.

a. Neues Subjektverständnis von Kindern und erweitertes Verständnis von Kinderpolitik

Die Forderung nach einer Politik für Kinder war nicht neu, sie wurde bereits Ende der siebziger Jahre von KAUFMANN und LÜSCHER (1979) formuliert. Brisanz erhielt das Thema durch den deutlichen Geburtenrückgang Ende der 60er Jahre sowie in den ersten Jahren nach der Einigung Deutschlands in den neuen Bundesländern. Die Forderung nach einer stärker konturierten, durch eigene Instrumentarien ausgewiesene Kinderpolitik wurde seit Ende der 80er Jahre zunehmend diskutiert und traf auf breite Zustimmung.

Gleichwohl wurde über angemessene Konzepte für eine Kinderpolitik und über geeignete Maßnahmen teilweise heftig gestritten. Der Streit polarisierte sich zwischen Positionen, die eher Schutz, Fürsorge und anwaltschaftliche Vertretung von Kinderinteressen durch Erwachsene betonen und solchen, die die Subjektstellung des Kindes hervorheben und dementsprechend für Kinderrechte und Beteiligungsmöglichkeiten eintreten. Es entstand mit der Zeit ein zunehmender Konsens dahingehend, dass Kinderpolitik sich zwischen diesen beiden Polen bewegen muss. „Schon im Ansatz muss man sich deshalb darauf verständigen, dass die politische Wahrnehmung der Belange der Kinder stellvertretend für sie geschehen muss, wo sie noch nicht handlungsfähig sind, sie selbst aber beteiligt werden müssen, wo immer es geht, und bei alledem die Achtung vor dem Kind gebietet, dass Kinder nie Objekt fremder politischer Interessen sein dürfen“ (EICHHOLZ 1997, S.100). Diese Entwicklung lässt sich nachvollziehen anhand zweier Tagungen zum Thema „Politik für Kinder“ der Evangelischen Akademien (Evangelische Akademie Loccum 1989, Evangelische Akademie Bad Boll 1997). 1988 stand die Debatte zur Kinderpolitik ganz unter dem Eindruck der Auseinandersetzung um Kinderbeauftragte, war also fokussiert auf eine effektivere Interessenvertretung von Kindern durch Erwachsene. Fast zehn Jahre später, 1997, wurde auch die

direkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als eine wesentliche Dimension von Kinderpolitik in die Diskussion einbezogen.

Beeinflusst wurde diese Debatte durch eine veränderte Sichtweise auf Kinder, in der diese stärker als eigenständige Subjekte und Akteure wahrgenommen wurden. Seit den frühen achtziger Jahren begannen die Sozialwissenschaften in der Bundesrepublik, Kinder und Kindheit mit anderen Augen zu sehen. „Kinder ziehen nun nicht mehr nur als ‘Menschen in Entwicklung’ die Aufmerksamkeit auf sich, sondern auch als ‘Personen aus eigenem Recht’. In der Soziologie und der Erziehungswissenschaft rücken die alltägliche Lebensführung, die sozialen Beziehungen und die Auseinandersetzung von Kindern mit ihren Lebensbedingungen in den Vordergrund, und dies möglichst aus der Perspektive der Kinder selbst“ (HONIG/LEU/NISSEN 1996, S.10). Für die Politik bedeutet das, dass Kinder als eine eigene gesellschaftliche Gruppe in den Blick geraten, deren Bedürfnisse nicht einfach unter die Belange der Familie subsumiert werden können.

Mit einem gestiegenen Subjektverständnis von Kindern gewann auch die Vorstellung Raum, dass eine politische Vertretung der jungen Generation nicht nur über Stellvertreterpositionen, sondern auch durch eine direkte Beteiligung umzusetzen ist. Kinder als politische Subjekte zu sehen bedeutet,

- (1) ihnen eine eigenständige Perspektive zuzugestehen, und
- (2) davon auszugehen, dass sie relevante und ernstzunehmende Aussagen über ihre Lebenswelt machen können, ihre Lebensumstände beurteilen können und eigene Vorschläge und Ideen zur Gestaltung ihrer Lebenswelt entwickeln können.

Eine solche Veränderung der Haltung stellt eine grundlegende Voraussetzung dar für die Entwicklung einer Kultur der Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommune und auf anderen Ebenen.

b. Gesetzliche Regelungen und politische Maßnahmen

Wichtige Anstöße für die Entwicklung und Verbreitung von Partizipationsangeboten haben neue gesetzliche Regelungen gegeben, die die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen einfordern. Von Bedeutung sind hier vor allem das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), das seit 1991 in der gesamten Bundesrepublik gilt, und die UN-Kinderrechtskonvention, die bereits 1990 unterzeichnet wurde und nach der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat 1992 für Deutschland in Kraft getreten ist. Im Kinder- und Jugendhilfegesetz wird neben dem Anspruch, zur Schaffung von posi-

tiven Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien beizutragen (§ 1, Abs.3 KJHG), ausdrücklich die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – entsprechend ihrem Entwicklungsstand – an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe festgeschrieben (§ 8, Abs.1 KJHG).

Eine umfassende rechtliche Leitlinie zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist in der UN-Kinderrechtskonvention formuliert worden. Mit den in den Artikeln 12 bis 17 festgeschriebenen Rechten auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und Informationsfreiheit bietet die Konvention eine wichtige Argumentationsgrundlage für eine stärkere gesellschaftliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Zusätzlich sind Initiativen für eine weitergehende gesetzliche Absicherung auf Länderebene ins Leben gerufen worden. Eine erste gesetzliche Regelung für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf der kommunalen Ebene bestand in Schleswig-Holstein (1996), wo in Ergänzung zum Jugendförderungsgesetz in der Gemeindeordnung des Landes festgeschrieben wurde, dass Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligt werden sollen. Andere Bundesländer, bisher das Saarland (1997), Rheinland-Pfalz (1998) und Hessen (1998), sind diesem Beispiel gefolgt. Baden-Württemberg (1998) hat die Möglichkeit der Einrichtung von Jugendgemeinderäten gesetzlich abgesichert, ohne eine allgemeine Sollvorschrift zur Beteiligung der jungen Generation zu formulieren. Seit März 2001 verfügt auch Niedersachsen über eine veränderte Gemeindeordnung, die über die oben genannte Sollvorschrift hinaus die Gemeinden dazu anregt, geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln und durchzuführen.

Neben diesen gesetzlichen Regelungen tragen auch politische Maßnahmen zur Verbreitung des Partizipationsgedankens bei. Dazu gehört z.B. die Bestellung von Kinderbeauftragten oder Kinderkommissionen, Kinderfreundlichkeitsprüfungen oder z.B. die Einrichtung einer landesweiten Leitstelle Partizipation, wie dies in Rheinland-Pfalz geschehen ist.

c. Entwicklung und Verbreitung vielfältiger Praxisformen und Methoden

In keinem anderen Praxisfeld hat sich bezüglich Partizipation von Kindern und Jugendlichen in den letzten Jahren so viel bewegt wie im Bereich der Kommune. Partizipationsideen waren in der Kindertagesstätte über pädagogische Ansätze wie den Situationsansatz, in der Schule über rechtliche Regelungen zur Mitbestimmung und in den Jugendverbänden vom

gesamten Selbstverständnis her nicht neu, und es waren bereits Formen dafür gefunden. Dagegen ist die Idee einer aktiven Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommunalpolitik weitgehend neu entstanden und hat erst in jüngerer Zeit zur Entwicklung vielfältiger Beteiligungsformen und Methoden geführt (für einen Überblick vgl. BRUNSEMANN/ STANGE/ TIEMANN 1997). Was heute in etlichen Kommunen selbstverständlich erscheint – beispielsweise die Zusammenarbeit mit einem Jugendparlament oder die Beteiligung von Kindern aus dem Stadtteil an der Gestaltung ihres Spielplatzes –, war in den achtziger Jahren noch kaum verbreitet. Der erste Jugendgemeinderat wurde im Jahr 1985 in der Stadt Weingarten gegründet, eine breitere Bewegung zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune entstand jedoch erst in den neunziger Jahren.

Vor allem in den größeren Städten haben Partizipationsangebote eine beachtliche Verbreitung gefunden (etwa in zwei Drittel der Großstädte und in der Hälfte der Mittelstädte nach konservativer Schätzung¹). Kinder und Jugendliche, die in kleinen Kommunen leben, erhalten dagegen deutlich seltener ein organisiertes Angebot zum Mitreden und Mitgestalten im kommunalen Raum (vgl. BRUNER/ WINKLHOFFER/ ZINSER 1999). Von Bedeutung sind vor allem drei unterschiedliche Beteiligungsansätze:

- (1) repräsentative Beteiligungsformen (Gremien mit gewählten oder delegierten Vertreter/innen, z.B. Jugendgemeinderäte oder Kinder- und Jugendparlamente),
- (2) offene Beteiligungsformen (freier Zugang für alle interessierten Kinder und Jugendlichen, z.B. Kinderkonferenzen, Jugendforen), und
- (3) projektorientierte Beteiligungsformen (thematisch und zeitlich begrenzt, Einbezug von kreativen Methoden wie Malen, Videofilmen, Interviews führen, Modellbau; häufig im Bereich der Gestaltung von Spiel- und Freizeitflächen, Stadtteilerkundungen).

Der Partizipationsdiskurs wurde stark durch die Entwicklungen in der Praxis bestimmt: Die Beschreibung und Auswertung der Erfahrungen mit neuen Partizipationsmodellen nahm hier einen wichtigen Platz ein.

Benachteiligte Kinder und Jugendliche

Die Diskussion um geeignete Beteiligungsformen und Methoden befasste sich auch mit der Attraktivität der Modelle für unterschiedliche Gruppen von Kindern und Jugendlichen. Die Aufmerksamkeit richtete sich dabei vor allem auf Schicht- und Bildungsunterschiede sowie auf die unterschiedlichen Zugänge und

Interessen von Jungen und Mädchen, die gerade im Hinblick auf die Gestaltung öffentlicher Räume eine Rolle spielen. Wenig Beachtung fand zunächst die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher nationaler Herkunft sowie der Zusammenhang von Armut und Partizipationsmöglichkeiten.

Erste empirisch gesicherte Ergebnisse erbrachte die Studie von HERMANN (1997), der in einer umfassenden Analyse der Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg zeigen konnte, dass in diesen Gremien Jungen, Kinder aus Familien mit höherem sozialen Status und Gymnasiasten deutlich überrepräsentiert sind. In der repräsentativen Kommuneerhebung (BRUNER/ WINKLHOFFER/ ZINSER 1999) wurden diese Trends bestätigt: Die Strukturen und Arbeitsformen der repräsentativen Modelle sind für jüngere Kinder, aber auch für Mädchen und ausländische Kinder und Jugendliche weniger attraktiv. Die projektorientierte Form eröffnet dagegen Chancen, auch Kinder und Jugendliche zu integrieren, die Voraussetzungen wie gute Ausbildung, Eloquenz und politisches Interesse nicht erfüllen.

2. Zielsetzungen von Partizipation

Der Anspruch, Kinder und Jugendliche zu beteiligen, wird im wesentlichen unter drei Zielstellungen begründet:

Ziel 1:

In Anknüpfung an die Debatten um die Subjektstellung des Kindes und die Stärkung von Kinderpolitik ergibt sich eine bürgerrechtliche Perspektive: Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen die Ausübung ihres Bürgerrechtes auf Selbst- und Mitbestimmung zu ermöglichen;

Ziel 2:

Kinder und Jugendliche sind als Expert/innen in eigener Sache anzusehen, die ihre eigenen Sichtweisen und Erfahrungen haben und dementsprechend auch Vorstellungen und Ideen für die Gestaltung ihrer Lebensräume entwickeln können. Durch ihre Expertise soll die Qualität politischer und stadtplanerischer Entscheidungen verbessert werden;

Ziel 3:

Pädagogische und bildungsrelevante Ziele im Sinne von Beteiligung als politische Bildung: Befördert werden sollen Fähigkeiten wie die eigene Meinung zu vertreten und die Meinung anderer zu achten, Konflikte auszutragen und Kompromisse auszuhandeln. Es geht darum, Verantwortung und Gemeinsinn zu entwickeln, Wissen über das politische System zu

¹Die hier referierten Ergebnisse stammen aus einer repräsentativen Erhebung bei Städten und Gemeinden in der ganzen Bundesrepublik. 400 von 1.000 angeschriebenen Kommunen beantworteten den Fragebogen; 153 von 400 Kommunen machen Beteiligungsangebote für Kinder und Jugendliche (38%); 290 Beteiligungsmodelle wurden beschrieben. Bei der konservativen Schätzung wird davon ausgegangen, daß alle Kommunen, die nicht geantwortet haben, auch keine Beteiligungsangebote machen. Die Prozentzahlen unter den Kommunen, die geantwortet haben, lagen deutlich höher: 93% der Großstädte und 79% der Mittelstädte berichteten von Beteiligungsaktivitäten.

vermitteln und damit zur Mitarbeit in gesellschaftlichen und politischen Organisationen zu motivieren. Unter diese Kategorie lassen sich auch Ziele einordnen wie Gewaltprävention und die Verhinderung von Vandalismus oder das Bemühen, durch Beteiligungsaktivitäten das Klima z.B. an einer Schule zu verbessern.

Auf den ersten Blick scheint es, als wären diese drei Ziele leicht miteinander zu vereinbaren. Es wird angenommen, dass eine Beteiligungsaktion gleichzeitig politische Aktion, Expertenwerkstatt und Lernarrangement sein kann. DANNER (2001) hat die reibungslose Vereinbarkeit dieser Richtungsvorgaben in Frage gestellt, da jedes dieser drei Zielstellungen bestimmte Rollenzuschreibungen sowohl für die Kinder und Jugendlichen als auch für die beteiligten Erwachsenen zur Folge hat. Ziel 1 (bürgerrechtliche Perspektive) sieht Kindern und Jugendlichen in der Rolle von partiell mündigen Bürger/innen, die ein Recht auf Mitbestimmung haben, nach Ziel 2 (Expert/innen in eigener Sache) sind sie Bürger/innen mit unverzichtbaren Spezialkenntnissen und Ziel 3 (politische Bildung) macht sie zu Lernenden.

Damit verändert sich potentiell die Interaktionsform zwischen Kindern/Jugendlichen und Erwachsenen, und zwar im Hinblick auf ihre Symmetrie oder Asymmetrie: Nach Ziel 1 könnte man eine symmetrische Interaktionsform erwarten (Kinder und Erwachsene als gleichberechtigte Bürger/innen), bei Ziel 2 verschiebt sich die Symmetrie zugunsten des Kindes (das Kind ist Experte, von dem der Erwachsene lernt), bei Ziel 3 in Richtung der Erwachsenen (dieser hat das Wissen und vermittelt es den Kindern).

Widersprüche zeigen sich z.B. zwischen einem grundsätzlich politischen und pädagogischen Verhältnis: Wird das Kommunikationsverhältnis tatsächlich als rein politisches gedeutet, so werden die Kinder und Jugendlichen auch als politische Gegner angesehen. Sie bewegen sich also nicht mehr in einem pädagogischen Schonraum. Wenn ihre Vorschläge abgelehnt wurden, haben sie nach demokratischen Spielregeln einen Machtkampf verloren.

Auch mit den beiden Zielstellungen, Kinder und Jugendliche einerseits als politische Akteure und andererseits als Expert/innen anzusehen, sind nicht automatisch die gleichen Erwartungen verbunden. Bei zweitem erwarten die Erwachsenen weniger eine politische Willensäußerung, sondern die Darlegung eines spezifischen Wissens, über das nur die Kinder als Experten verfügen.

Aus diesen Widersprüchen heraus (z.B. zwischen der Vorstellung von Kindern als Experten und Kindern als zu Bildende) kann der Kommunikationsstil der Erwachsenen durch doppelte

Botschaften geprägt sein: Einerseits wird die Botschaft vermittelt: „Ich schätze dich als Experte“, und zugleich wird deutlich gemacht: „Ich zeige dir, was wirklich wichtig ist“.

DANNER zeigt diese Widersprüche auf, ohne Lösungen für die Praxis anzubieten. Für die Qualität der Beteiligungspraxis ist es sicher ein erster wichtiger Schritt, sich dieser potentiellen Widersprüche bewusst zu sein und die eigene Haltung zu reflektieren. Mehr Klarheit kann erreicht werden, wenn die verschiedenen Rollen und Aufgaben nicht bei einer Person liegen. Gerade die Ebenen der (politischen) Entscheidung und der pädagogischen Begleitung sollten getrennt werden. Dies ist allerdings nicht selbstverständlich: Beauftragte für Partizipation in der Kommune können in enger Verbindung zu Politik und Verwaltung stehen und deren Interessen mit verfolgen, in Institutionen sind z.B. Lehrer/innen und Schulleiter/innen oder z.B. die Leitung eines Jugendtreffs in der Doppelrolle von Pädagogen und Entscheidungsbefugten. Es ist jedoch auch für Institutionen denkbar, z.B. die Position einer/s Beteiligungsbeauftragten einzurichten, die/der die Kinder unterstützt und in Auseinandersetzungen eine moderierende Rolle einnimmt.

3. Gütekriterien bei der Beteiligung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen

Es gibt eine Reihe von Gütekriterien für Beteiligungsmodelle, über die in der Fachliteratur weitgehende Übereinstimmung herrscht. Dazu gehört z.B. die Wahl der geeigneten Form und Methode oder der Bezug der Themen zur Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen. Ebenso gehört dazu der Anspruch, dass die Aufforderung zur Beteiligung mit konkreten Realisierungschancen verbunden sein muss. Die Begleitung durch qualifizierte Erwachsene sollte ebenso abgesichert sein wie der Transfer der Ergebnisse aus den Modellen in die Politik. Nicht zuletzt geht es darum, eine konkrete Umsetzung in überschaubaren Zeiträumen zu erreichen.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der qualitativen Modelluntersuchung sollen hier zwei Qualitätsmerkmale für die Beteiligung benachteiligter Kinder und Jugendlicher besonders hervorgehoben werden:

- (1) die Gestaltung der Beteiligungsmodelle auf eine Weise, in der Kinder und Jugendliche Kompetenz erleben können und
- (2) die Qualität der Begleitung durch Erwachsene als Unterstützung der Kinder und Jugendlichen.

a. Kompetenz erleben

Für die Kinder und Jugendlichen geht es bei einer Beteiligungsaktion nicht nur um das Ergebnis, sondern auch darum, was sie im gesamten Beteiligungsprozess erleben: Ob sie in der Gruppe mit den anderen Spaß haben, wie das Zusammenspiel mit den Gleichaltrigen funktioniert und welche Konflikte es dabei gibt, wie sich die Beziehungen zu den Erwachsenen gestalten und wie sie sich selbst mit ihren Fähigkeiten in den Prozess einbringen können.

In einem Beteiligungsmodell mitzumachen, führt viele Kinder und Jugendliche in neue Situationen. Sie sitzen das erste Mal in einem Kinderparlament, erhalten die Möglichkeit, als Delegierte eine Gruppe zu vertreten, können in einer Schulfirma aktiv sein. Sie stehen damit oft auch vor neuen Aufgaben: Sie sollen die eigene Meinung äußern oder die Interessen einer Gruppe vertreten, Standpunkte in der Peergroup aushandeln und mit Erwachsenen ihre Wünsche und Forderungen verhandeln.

Eine positive Erfahrung mit dem Beteiligungsangebot hängt wesentlich damit zusammen, ob die Kinder und Jugendlichen bei ihren Fähigkeiten ansetzen und diese erweitern können, ob sie durch das Angebot Neues lernen, das eigene Selbstbild erweitern und Selbstbewusstsein entfalten konnten.

Das Ausmaß, in dem sich die Kinder und Jugendlichen in den Beteiligungsmodellen als kompetent erleben können, wird durch drei Faktoren bestimmt, die wechselseitig voneinander abhängen: Form und Methode des Modells, die Voraussetzungen auf Seiten der Kinder und Jugendlichen, die Unterstützung der Kinder und Jugendlichen.

Zunächst stellt sich die Frage, welche Handlungsmöglichkeiten das Modell anbietet und welche Fähigkeiten dafür verlangt werden. Wenn die Anforderungen des Modells sehr anspruchsvoll sind, müssen entweder die Kinder und Jugendlichen ein hohes Maß an Fähigkeiten mitbringen oder aber besonders intensiv unterstützt werden. Geht man von den Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen aus und stimmt Form und Methoden des Modells darauf ab, so wird sich das Ausmaß an Unterstützung reduzieren lassen. Das Beteiligungsmodell sollte Kinder und Jugendliche weder überfordern – das führt zur Erfahrung von Nicht-Kompetenz und zu Resignation – noch unterfordern – dies birgt die Gefahr von Desinteresse und Langeweile.

Wenn dies erfolgreich gelingt, entsteht Begeisterung und Engagement. In einem Modell an der Hauptschule wurden Schülerfirmen gegründet, die weitgehend von den Schüler/innen selbst geführt werden. Angesetzt wird hier bei den handwerklichen Fähigkeiten der Schüler/

innen, z.B. in der Fahrradwerkstatt oder in der eigenen Druckerei.

Yasemin, 15 Jahre und Rocco, 12 Jahre, leiten die Schülerfirmen „McCater“, ein Partyservice, und „Der Grüne Daumen“, die Gärtnerei. Sie beschreiben beide sehr begeistert, dass sowohl die Arbeit als solche als auch die Teamarbeit Spaß machen. Als Chef/in müssen sie z.B. ihr Team zusammenhalten, damit ein Produkt rechtzeitig fertig wird. Zu ihren Aufgaben gehört auch Organisation wie z.B. die Abwicklung der Bestellungen; sie genießen schulinterne Privilegien wie einen Ausweis, der sie dazu berechtigt, Telefon, Fax und den Kopierraum zu benutzen.

Bei diesem Modell ist es gelungen, bei den vorhandenen Fähigkeiten und Interessen anzusetzen und gleichzeitig neue Herausforderungen durch neue Aufgaben und mehr Verantwortung anzubieten. Die neue Tätigkeit verändert für Yasemin und Rocco ihre Haltung zur Schule grundlegend: Während diese früher langweilig war, ist sie jetzt zu einem zentralen Lebensraum geworden. Yasemin berichtet aus einem Gespräch mit ihrer Cousine:

„Z.B. frage ich meine Cousine, die ist an einer anderen Hauptschule: Und, was macht ihr in der Schule so? Sie: Gar nichts. Ich: Wie, gar nichts, habt ihr keine Schülerfirma oder so? Sie: Nein, es ist langweilig. – In der Grundschule war mir genauso langweilig, nur noch in die Schule, lernen, Hausaufgaben, und das wars. Aber hier unternehmen wir wenigstens was, nachmittags, man kommt immer so gern in die Schule – ich komme gern in die Schule, und früher bin ich nie so gerne gegangen. Ich finde die Schule echt cool.“

Kinder und Jugendliche erleben also den Beteiligungsprozess als befriedigend, wenn sie neue Erfahrungen machen, ihr Handlungsspektrum erweitern und dabei Kompetenzen entfalten können.

b. Unterstützende Begleitung durch Erwachsene

Die Vorstellung, dass zu erfolgreichen Beteiligungsprozessen auch die Begleitung durch Erwachsene gehört, findet inzwischen breite Zustimmung. Die Art der Begleitung zeigt sich jedoch in sehr verschiedenen Formen und Ausprägungen. Gerade im Bereich der Kommune findet sich eine sehr unterschiedliche Ausstattung der Modelle: Abgesehen davon, dass fast ein Fünftel der Beteiligungsmodelle überhaupt nicht betreut wird, reichen die Ressourcen von hauptamtlichen Kräften über Honorarkräfte bis zu ehrenamtlicher Begleitung (BRUNER/

WINKLHOFER/ ZINSER 1999). Dazu kommen große Unterschiede im Verständnis dieser Aufgabe und in den Haltungen der Erwachsenen gegenüber den Kindern und Jugendlichen. Beispielhaft sei dies an folgender Frage erörtert: Besteht die Aufgabe der Erwachsenen darin, einen schützenden Rahmen zu bilden vor den Umgangsformen und Interessenkonflikten der Politik oder kann den Kindern und Jugendlichen eine direkte Konfrontation zugetraut werden?

In unserer Modelluntersuchung fanden sich ganz unterschiedliche Haltungen zu dieser Thematik:

- (1) Die beschützende Haltung geht einher mit der Grundhaltung: Kinder und Politik, das sind zwei Welten, die passen einfach nicht zusammen. Ein Jugendpfleger, der einen Kinder- und Jugendbeirat begleitet, drückt dies so aus: „... Kindern sind diese Dinge sehr fremd. ... die langweilen sich zu Tode in so einer Stadtratssitzung z.B., und würden auch nie an Probleme so rangehen wie dort an solche Dinge rangegangen wird.“ Obwohl in der Satzung des Gremiums vorgesehen ist, dass Anträge in den Stadtrat eingebracht werden können, findet die Arbeit der Kinder und Jugendlichen ohne direkte Konfrontation mit der Politik statt. Der Jugendpfleger übernimmt eine Vertretungs- und Vermittlerfunktion.
- (2) Das andere Extrem könnte man als konfrontierende oder herausfordernde Haltung bezeichnen: Die Jugendlichen in einem Jugendforum werden in allen Sitzungen direkt mit dem Bürgermeister und Verwaltungsleiter konfrontiert. Es gibt zwar eine ehrenamtliche pädagogische Begleitung für das Gremium, diese agiert jedoch sehr zurückhaltend.

An der „beschützenden“ Haltung ist kritisch zu sehen, dass die Kinder und Jugendlichen gar nicht die Möglichkeit erhalten, Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit Politiker/innen zu machen. Es zeigte sich in unserer Untersuchung, dass die Vertretung der eigenen Interessen in der erwachsenen Öffentlichkeit für die Kinder und Jugendlichen sehr beeindruckende Erlebnisse mit sich bringen, die sie für sich als Erfolge verbuchen und ihr Selbstbewusstsein stärken (vgl. WINKLHOFER 2001).

Auf der anderen Seite verlangt die dauernde direkte Konfrontation mit Politikvertreter/innen/n, wie dies im Jugendforum praktiziert wird, den Jugendlichen einiges ab. Die Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren, die fast alle aufs Gymnasium gehen, können damit recht gut umgehen. Aktuellen Konflikten mit den Politikvertretern, in denen es um die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit des

Jugendforums geht, versuchen sie mit eigenen Ideen und Strategien zu begegnen. Etwas mehr Moderation, gemeinsame Reflexion der Konflikte und Klärung der Kompetenzen mit Hilfe der pädagogischen Begleitung wären jedoch sinnvoll.

Für die Beteiligung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen erscheinen beide Haltungen nicht optimal: Die beschützende Haltung birgt die Gefahr, wichtige Erfahrungen, Konflikte und Auseinandersetzungen gar nicht erst zuzulassen, die herausfordernde Haltung setzt auf Seiten der Jugendlichen sehr viel voraus. Sinnvoll ist vielmehr eine unterstützende Haltung, die die nötige Organisation und Hilfe gibt, gleichzeitig aber immer im Blick hat, das eigene Potential der Kinder und Jugendlichen zu fördern und sie so weit wie möglich eigenständige Erfahrungen machen zu lassen.

Als ein positives Beispiel für eine in dieser Weise unterstützende Haltung soll hier das Agieren der Pädagoginnen in einem Stadtteilprojekt für Mädchen näher beschrieben werden. In einem Stadtteil, der Gebiete mit überwiegend unterer Mittelschicht bis hin zu einem sozialen Brennpunkt umfasst, erkunden Mädchen (13 bis 17 Jahre alt, unterschiedlicher nationaler Herkunft) ihr Viertel und erarbeiten einen Mädchenstadtplan. Die Recherche hat so viele Ideen zur Behebung bestehender Missstände zu Tage gefördert, dass das Projekt verlängert wird, um auf einer großen „Mädchenkonferenz“ den Vertreter/innen aus Politik und Verwaltung die Forderungen der Jugendlichen zu präsentieren.

Die beiden Pädagoginnen gehen jede Phase des Projekts geplant und didaktisch gut vorbereitet an. Stadtteilbegehungen werden vorbereitet, die Mädchen beim Einsatz von Videokamera und Fotoapparat unterstützt. Wenn alle zusammenkommen, gelten bestimmte Kommunikationsregeln, damit in der bunt zusammengewürfelten Gruppe jede zu Wort kommt. Der Auftritt vor den politischen Gremien des Stadtteils wird in Rollenspielen geübt und detailliert gemeinsam erarbeitet. Die intensive Vorbereitung und die fördernde Betreuung der Gruppe ermöglicht Erfolgserlebnisse. Marina, 15 Jahre, schildert ihre Erfahrungen auf der Mädchenkonferenz:

„Sie haben zugehört, klar. Und sie mussten das, weil wir waren ja nicht nur Mädchen, da waren viele – also z.B. unsere Beraterinnen waren da, die Betreuer – sie mussten das einfach machen, sie konnten sich gar nicht zurückziehen. Wir haben nicht nachgegeben, wir sind richtig so draufgegangen, ja, wir wollen das. Und das war's. Und sie haben gesehen, da sitzen also 20, 30, 40 böse Mädels,

und sie gehen da drauf. Ich saß ja da auch nicht allein, sondern mit mehreren. Und sie haben das bestimmt gespürt, diesen Druck.“

Die Kinder und Jugendlichen sehen die erfolgreiche Präsentation ihrer Anliegen in der erwachsenen Öffentlichkeit zu Recht als einen ersten Erfolg an.

Grundlegend für diese erfolgreiche Unterstützung war eine Haltung, die den Mädchen ihr eigenes Expertinnenwissen und die Fähigkeit, sich zu vertreten, auch zutraut. Die Pädagoginnen beschreiben ihre Grundhaltung mit der Aussage:

„Wir haben an die Mädchen geglaubt. Es standen nicht die Defizite im Vordergrund, sondern das, was sie unserer Meinung nach können.“

Die Mädchen sind die Expertinnen im Hinblick darauf, wo und wie sie leben, und haben auch das Recht, mitzubestimmen.

„Wenn man das die ganze Zeit in Frage stellt und man denkt: na ja, eigentlich müssen das ja die Fachleute machen, da kann man sich höchstens mal eine Anregung holen, das ist der falsche Ansatz. Das muss schon tiefer gehen.“

Diese Haltung bestimmt nicht nur den methodischen Aufbau eines Projektes, sondern auch die gesamte Kommunikationsstruktur. Für Erwachsene ist es oft schwer, von der Überzeugung abzulassen, es doch eigentlich besser zu wissen. Mit dieser Überzeugung werden Kommunikationsabläufe oft manipulativ gesteuert, anstatt einen offenen und direkten Meinungsaustausch zu fördern, in dem Interessenkonflikte ausgetragen werden können.

Dazu gehört die Bereitschaft, Macht und Einfluss tatsächlich zu teilen und bewusst in Kauf zu nehmen, dass die Kinder und Jugendlichen möglicherweise zu Entscheidungen kommen, die man selbst als Erwachsener gerne anders gefällt hätte. Das heißt: Beteiligung bedeutet immer auch Risiko. Und ohne Mut zum Risiko ist sie nicht zu haben. Das Risiko nämlich, dass Entscheidungen nicht den eigenen Vorstellungen entsprechend gefällt werden. Ernst gemeinte Partizipation muss die Bereitschaft zur Verlagerung von Kompetenzen und Zuständigkeiten mit einschließen.

Kontaktadresse:

DJI – Deutsches Jugendinstitut e.V.
Nockherstr. 2
81541 München
Tel.: 089. 62306227
eMail: winklhofer@dji.de

Matthias Bartscher

Ermutigung zur aktiven Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in E&C-Gebieten: Bericht über Erfahrungen – Chancen für die freien Träger

Dieser Beitrag widmet sich dem Thema „Partizipation“ im Hinblick auf die freien Träger, was erst einmal verwunderlich erscheinen mag. Auch meine eigenen fachlichen Erfahrungen beruhen nicht zuletzt auf der intensiven Mitarbeit in der verbandlichen Jugendarbeit des BDKJ in den siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre(n), und diese Arbeit hat meine heutige pädagogische Grundhaltung, die die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ins Zentrum des Handelns stellt, entscheidend mitgeprägt. Die politische Aktion „Nicht schweigen – handeln!“ der Katholischen Jungen Gemeinde (KJG) (vgl. Bundesleitung der Katholischen Jungen Gemeinde 1976) 1976/77 umfasste theoretisch und praktisch alle wichtigen Aspekte der Arbeit. Hier geht es also nicht um grundsätzlich Neues, sondern vielmehr wird berichtet, wie sich eine derartige Arbeit – vielleicht mit einigen neuen Facetten – heute realisieren lässt.

Warum müssen sich die freien Träger mit dem Thema „Partizipation“ beschäftigen? Drei Erklärungsansätze zur Standortbestimmung

1. Veränderungen in der Politik und im Verhältnis der freien Träger zur Politik

Im Vergleich zu der Situation in den siebziger Jahren sowohl in der Politik insgesamt als auch im Verhältnis der freien Träger zur Politik haben gravierende Veränderungen stattgefunden.

(a) Kinder- und Jugendpolitik ist heute viel stärker integraler Bestandteil des politischen Gesamtsystems. Verursacht durch vielfältige gesellschaftliche Veränderungen hat die Bedeutung der öffentlichen Interventionen und der Angebote zugenommen und eine anerkannte Relevanz erhalten. Zum Teil ist Kinderpolitik geradezu modern und zum Profilierungsfeld für Politiker/innen geworden (vgl. BARTSCHER 1998: 21ff.). Während ausgehend von der Nachkriegszeit und unter der Philosophie des JWG die heile Familie als Sozialisationsinstanz im Vordergrund stand und Jugendhilfe lediglich eine

Notfallinterventionsberechtigung hatte, drückt sich im Kinderjugendhilfegesetz (KJHG) heute ein modernes öffentliches Leistungsverständnis aus, an dessen Realisierung die freien Träger auch gesetzlich abgesichert beteiligt sind.

(b) Auf diesem Hintergrund war Kinder- und Jugendpolitik in den siebziger Jahren in erster Linie Oppositionspolitik; die eigenständigen Interessen der Kinder und Jugendlichen waren ebenso wie die freien Träger in ihrer anwaltschaftlichen Funktion nicht anerkannt. Wer damals etwas bewegen wollte, war auf politische Aktion notwendig angewiesen. Hierin waren, sicher von Träger zu Träger unterschiedlich intensiv, Kinder und Jugendliche einbezogen. Ihre politische Partizipation stellte sich also als absolut vordringlich dar.

(c) In dem oben beschriebenen Entwicklungsprozess konnten die freien Träger zunehmend auf politische Aktion zur Durchsetzung ihrer Interessen verzichten. Sie sitzen oft schon bei der Planung der Jugendhilfe mit am gemeinsamen Tisch, wodurch die Notwendigkeit der Partizipation von Kindern und Jugendlichen an diesem Prozess an Bedeutung verloren hat. Zudem sind offensichtlich auch das methodische Wissen und die in der Partizipation enthaltenen pädagogischen Chancen in Vergessenheit geraten.

2. Vernachlässigung der politischen Dimension im pädagogischen Handeln

Ein zweiter Erklärungsansatz bezieht sich nicht nur auf die freien Träger, sondern auf pädagogisches Handeln in allen Bereichen, von der Tageseinrichtung über die Schule bis hin zur Jugendarbeit und erzieherischen Hilfen. Aus dieser Perspektive betrachtet waren die partizipatorischen und emanzipatorischen Ansätze, die vor allem von freien Trägern in den siebziger und achtziger Jahren teilweise vehement gefordert und teilweise praktiziert wurden, spuren- und folgenlos. Denn wenn man die pädagogische Landschaft insgesamt betrachtet, ist nach wie vor nicht davon auszugehen, dass Pädagog/inn/en den Beteiligungsgedanken, der durch die Kinderrechtsbewegung neu thematisiert wurde, konsequent aufgegriffen und umgesetzt haben. Vielmehr werden zur Zeit eher die politischen Profilierungschancen genutzt, indem das Themenspektrum mit exemplarischen und befristeten Ansätzen bzw. Projekten abgedeckt wird (vgl. BARTSCHER 1998, S. 21ff.; WINKLHOFER/ SCHNEIDER 1998). Die Berücksichtigung von partizipatorischen Elementen ist über die konzeptionelle Ebene oder vereinzelte Modellprojekte selten

hinausgekommen (vgl. Bartscher 1998, S. 121ff.; HOFFSTADT/ MALMEDE 1995). Es gibt zwar vielfältige Ansätze und Methoden, dennoch „ist nach wie vor eine deutliche Diskrepanz zwischen öffentlichkeitswirksamer Darstellung und realer Verbreitung festzustellen (...)“ (BMFSFJ 1998, S. 154).

Mit der Konkretisierung von Beteiligungsrechten wird eine erneute Auseinandersetzung um das pädagogische Selbstverständnis von Erwachsenen notwendig. Im pädagogischen Handeln, das sich auf Schutz- und Fördermotive begrenzt, besteht immer die Gefahr, Kinder und Jugendliche zu Objekten besserer oder wohlgemeinter Absichten zu machen (vgl. GRUSCHKA 1988). Dagegen bringt die Erweiterung um die Dimension der „participation“ eine größere Chance mit sich, Erziehung als intersubjektiven Prozess zu praktizieren. Die Meinungen, Wünsche und Willensäußerungen von Kindern sind eigenwertig und können nicht unbegründet und nicht ohne reguläre Verfahren übergangen werden. Im Erziehungsalltag deutet sich dieser Trend seit längerem an. „Es gibt im Umgang von Erwachsenen mit Kindern eine Tendenz vom Befehlen und Gehorchen zum Verhandeln. (...) Kinder dürfen heute umfassender mitreden und von den Erwachsenen Begründungen für ihre Gebote und Verbote einfordern“ (WOLF 2000, S. 15). Diese Entwicklung verläuft durchaus ungleichzeitig, auch heute gibt es Kinder, die härteste Drangsalierungen durch Erwachsene erleben. WOLF macht allerdings auch darauf aufmerksam, dass mit der Verlagerung auf eine Verhandlungsstrategie Machtunterschiede zwischen Kindern und Erwachsenen nicht generell nivelliert, sondern tendenziell von den Kindern internalisiert werden. Dabei besteht die Gefahr, dass der äußere Erziehungsdruck über Gebühr auf die innere Bewusstsebene der Kinder verlagert wird. Beteiligung als Prämisse pädagogischen Handelns verlangt Reflexivität und „Verständigung als professionelle Aufgabe“ (ebd. S. 17), d.h. es gilt danach zu fragen, wie Kinder pädagogische Arrangements erleben, wie sie das, was Erwachsene tun, interpretieren und welche eigenen Gestaltungsmöglichkeiten sie sehen. Insgesamt lässt sich Beteiligung allerdings nicht nur auf die Beziehungsebene reduzieren nach dem Motto: Es reicht, wenn Kinder im Kontakt mit Erzieher/innen ernstgenommen werden. Vielmehr ist gleichzeitig die Schaffung praktikabler Partizipationsverfahren und -ansätze (parlamentarische Formen wie z.B. Kinderräte, offene Formen wie z.B. Foren oder projektorientierte Formen zu bestimmten Themen) in allen pädagogischen Zusammenhängen unabdingbar (vgl. KRIENER 1999).

3. Der Professionalisierungsschub bezieht die partizipatorischen Ansätze nicht ein

Der oben skizzierte Veränderungsprozess in der Jugendhilfe beinhaltet einen unglaublichen Professionalisierungsschub, sowohl quantitativ (Verdoppelung der hauptamtlichen Fachkräfte seit Mitte der siebziger Jahre) als auch methodisch. Meines Erachtens ist allerdings bei der qualitativen Entwicklung die dritte Säule der sozialen Arbeit – die Gemeinwesenarbeit – weitgehend verloren gegangen. Das betrifft sowohl die Ausbildung als auch die Weiterbildung. Ausgehend von der „Therapeutisierung“ der sozialen Arbeit (vgl. SCHMIDTGRUNERT 1997) reduziert sich das methodische Spektrum im Wesentlichen auf die Einzelfallhilfe und die soziale Gruppenarbeit. Und selbst Konzepte wie die Projektarbeit werden ihrer politischen Implikationen beraubt und auf eine Arbeitstechnik reduziert (vgl. BARTSCHER 1998: 129ff.). Gerade im Bereich der längerfristigen Zusatzqualifikationen liegt der Fokus auf Beratung, Supervision, kulturellen Methoden und Sozialmanagement. Kurse in Gemeinwesenarbeit und Partizipation sind kaum zu finden und werden heute erst ansatzweise wieder eingeführt (z.B. als Moderatoren-ausbildungen für Partizipationsprojekte in verschiedenen Bundesländern oder durch das Deutsche Kinderhilfswerk).

Als weiterer Aspekt ist der Trend zur „Versäulung“ der Jugendhilfe zu nennen, in dem fachspezifische Differenzierungen dominieren und nicht die Perspektive von Kindern und Jugendlichen, geschweige denn ihre aktive Beteiligung. Dieser Trend macht auch vor den freien Trägern nicht halt. Sie sind im Gegenteil in der Konkurrenz um öffentliche Förderungen scheinbar gezwungen, sich zu spezialisieren und die Segmente, die das KJHG benennt, anzubieten. Über Gemeinwesenarbeit steht dort leider zu wenig. Der aktuelle Trend, die neue Zuwendung zur Stadtteilarbeit, ist wiederum sehr stark von öffentlichen Programmen beeinflusst, insbesondere durch die Bund-Länderinitiative „Soziale Stadt“ und das Programm „E&C“. Partizipation wird also nicht „von unten“ entwickelt, sondern „top down“ eingefordert. Dabei wäre es sicher nützlich und wünschenswert, wenn mehr an die Wurzeln der verbandlichen Chancen zurückgedacht und diese in neuen Konstellationen eingebracht würden.

Grundsätze der Partizipation: Einige Hinweise aufgrund der vorangegangenen Diskussion

An dieser Stelle sei nur auf drei theoretische Aspekte des Themas „Partizipation“ hingewiesen, die für die praktische Diskussion hilfreich sind (neben den Veröffentlichungen des Deutschen Jugendinstituts, vgl. SCHRÖDER 1995 und 1996, APEL/ PACH 1997, BARTSCHER 1998). Zum einen geht es darum, dass die Begriffe „Partizipation“ und „Beteiligung“ unterschiedliche Konnotationen haben, die vor allem auf der Perspektive desjenigen beruhen, der über Partizipation spricht. Zum zweiten sollte man – vereinfacht gesagt – nicht über Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen reden, ohne auch an sich daraus ergebenden Verpflichtungen zu denken, wenn wir nicht an der Weiterentwicklung des politischen Egoismus mitarbeiten wollen. Zum Dritten lassen sich aus einem ideal und kreislaufhaft gedachten demokratischen Handeln Kriterien dafür ableiten, welche Methoden geeigneter sind als andere.

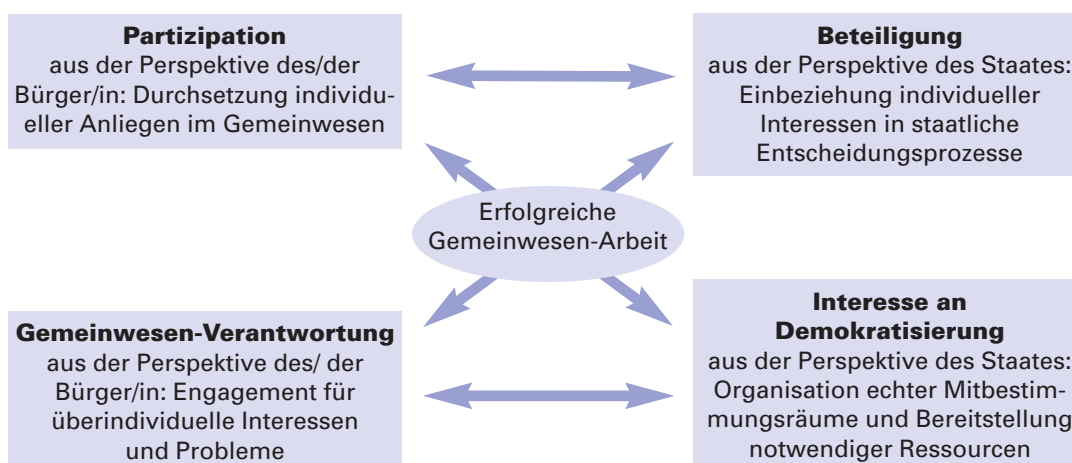
1. Partizipation aus der Sicht von Betroffenen und aus der Sicht von Institutionen

Partizipation hat stets zwei Perspektiven (vgl. Schaubild 1): die der Betroffenen, die gesellschaftlich teilhaben wollen, und die der politischen Institutionen, die über die Entscheidungsmacht verfügen und Partizipation fördern oder behindern, im Extremfall blockieren. Partizipation ist aus Sicht des offiziellen politischen Systems oftmals Teil von Akzeptanzpolitik: eine Strategie, um Entscheidungen möglichst reibungslos vorzubereiten, durchzusetzen und mögliche Widerstände abzufedern und einzubinden. Sie kann zu einer „Beschäftigungstherapie“ missbraucht werden; „gemeint ist damit, dass Kräfte, die sonst phantasievoll

wirksame Widerstandsformen entwickeln würden, gebunden werden durch die vorgegebenen Strukturen der Partizipationsformen und der Hoffnung auf Einfluss in den Mitbestimmungsgremien. Oft findet Partizipation dann auf „Nebenschauplätzen“ statt, und es werden trügerische Illusionen geweckt“ (SÜNKER/SWIDEREK 1997: 17). Auf der anderen Seite stellen die unterschiedlichen Partizipationsmöglichkeiten für die von politischen Entscheidungen Betroffenen einen – oftmals mit großen Hoffnungen, manchmal mit Illusionen verbundenen – Weg dar, die eigenen Interessen durchsetzen zu können.

Bei Jugendlichen überwiegt allerdings, so zeigt die neueste SHELL-Jugendstudie, Skepsis und Ablehnung bei der Einschätzung von Partizipationsmöglichkeiten. Diese Skepsis hängt zweifellos mit der Erfahrung zusammen, dass Interessen von Kindern und Jugendlichen in der etablierten Politik kaum Berücksichtigung finden: „Diese Erfahrungen und Einschätzungen münden offenbar in einer generellen „Entfremdung“ vom politischen System und seinen Organisationen und Ritualen, [führen] aber auch zu der Überzeugung, dass eigene Interessen im politischen Bereich nicht durchsetzungsfähig sind und am Widerstand der Erwachsenen scheitern“ (Jugendwerk 1997: 18). Die Tatsache, dass „Partizipation“ für diese beiden unterschiedlichen, teilweise gegensätzlichen Perspektiven steht, führt in vielen Diskussionen zu unnötigen Konfrontationen und zu Missverständnissen. Während beispielsweise die einen emphatisch die stärkere Beteiligung von Kindern fordern (ohne dass die Befürworter ihre institutionelle Verflechtung in staatliche Zusammenhänge wahrnehmen), schlägt ihnen von anderer Seite erhebliches Misstrauen entgegen (womit von den Skeptikern oftmals ein reales institutionelles Bemühen um Demokratisierung in Abrede gestellt wird).

Schaubild 1: Partizipation und Gemeinwesenverantwortung – Differenzierung zwischen individueller und staatlicher Perspektive



2. Die Dimension der Verantwortung

Eine zweite Überlegung schließt sich an (vgl. Schaubild 1, zweiter Teil). Die Kinderrechte-Diskussion wird noch heute überwiegend so geführt, dass die Rechtsansprüche von Kindern und Jugendlichen in den jeweiligen Zusammenhängen als Mitsprache- und Beteiligungsrechte eingefordert werden. Die andere Seite – Übernahme von daraus resultierenden Verantwortlichkeiten – wird eher apologetisch einer konservativen Wertepädagogik zugerechnet. Diese okkupiert und diskreditiert das Themenfeld bisher, indem sie der Forderung nach Kinderrechten verkürzend entgegnet, Kinder sollten zunächst einmal lernen, Pflichten zu übernehmen (vgl. MAGS 1997). Der Begriff der „Pflicht“ suggeriert pseudo-objektive Werte und Normen, gegen die sich Kinder, Jugendliche und viele Erwachsene (mit Recht) auflehnen. Verantwortung meint in unserem Verständnis viel mehr die Bejahung und die Bereitschaft, für die Konsequenzen des eigenen Handelns und der eigenen Willensäußerungen einzustehen, sofern die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dies ermöglichen, zulassen oder sogar begünstigen. Da es sich um Aushandlungsprozesse handelt, bei denen Kinder, Jugendliche und Erwachsene sich als (zunehmend) gleichberechtigte Verhandlungspartner betrachten, ist daraus konsequent abzuleiten, dass es nicht darum gehen kann, Kindern und Jugendlichen Verantwortlichkeiten aufzubürden, mit denen Erwachsene sich entlasten wollen (vgl. auch BMFSFJ 1998, S. 144f.). Gleichgewichtig sind eigenwillige Vorschläge und Forderungen, mit denen Kinder und Jugendliche Erwachsenen gegenüber treten.

Zu wachsenden Rechtsräumen und ihrer positiven Ausgestaltung gehört essentiell dazu, dass Kinder und Jugendliche und auch Erwachsene in dem jeweils geschaffenen Rahmen Verantwortung übernehmen. Hierzu gibt es in der konkreten Lebenswelt vielfältige Ansätze und Möglichkeiten. Alle praktischen Erfahrungen zeigen, dass Kinder und Jugendliche unter geeigneten Bedingungen bereit sind, Verantwortung in hohem Maße zu übernehmen. Mit der konsequenten Beteiligung und der Übergabe von Verantwortung wird Jugendhilfe dem Anspruch gerecht, Kinder und Jugendliche als Subjekt ihrer Entwicklung zu verstehen. Mit dieser Perspektive wird ein positives Entwicklungspotential erkennbar, wenn ihnen Eigenständigkeit und Verantwortlichkeit zugemutet wird, denn Kinder und Jugendliche können sicher sehr viel mehr leisten und sehr vieles besser tun, als ihnen heute von den Erwachsenen zugetraut wird.

Es ergeben sich auch in der Stadtteilarbeit mit schwierigen, teilweise gewalttätigen Ju-

gendlichen Konsequenzen für den Umgang mit ihnen. Der Leiter des Essener Kinderbüros, Jürgen SCHROER, betont, dass der Verzicht auf „Inpflichtnahme“ von Kindern und Jugendlichen zu einer Orientierungslosigkeit führt, die inakzeptable Verhaltensweisen zur Folge hat. Sachzerstörungen, Vandalismus und Rücksichtslosigkeit werden von der Jugendhilfe häufig als ein zwar unakzeptables, aber für die Kinder und Jugendlichen einseitig als subjektiv sinnvolles Verhalten (z.B. im Sinne eines Signals an die Erwachsenen) zu deuten versucht, die Betroffenen aber nicht mit den Folgen ihres Handelns konfrontiert; Sanktionen werden vermieden oder anderen überlassen. „Die normative Ebene wird von der Jugendhilfe ausgeblendet, hierfür sei die Jugendhilfe nicht zuständig“ (SCHROER 1997: 165). Es ist fatal, die Auseinandersetzung um Recht und Ordnung reaktionären Kräften zu überlassen, die daraus politisches Kapital zu schlagen versuchen. Verantwortung übernehmen bedeutet auch für Jugendliche, für die Folgen des Handelns einzustehen bzw. die Folgen des eigenen Handelns zu antizipieren und notfalls nach geeigneteren Handlungsmustern zu suchen.

Die Frage nach der Übernahme von Verantwortung stellt sich ebenso für Erwachsene. Die entsprechenden Schlagworte lauten „Empowerment“, „Selbsthilfe“, „Aktivierung“ oder „Bürgergesellschaft“. Auch hier gilt, dass die Erwachsenen als Vorbild gefordert sind.

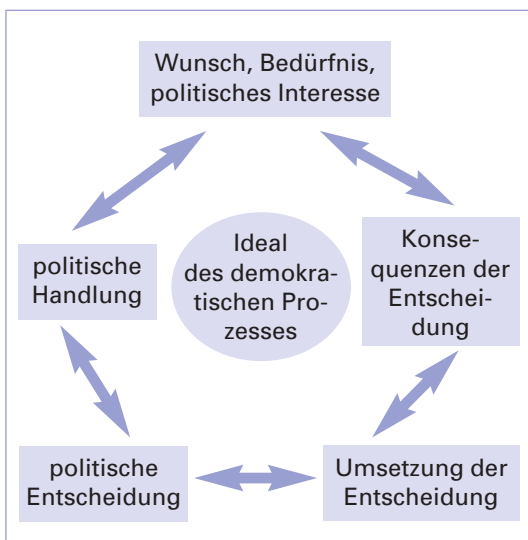
Schaubild 1 symbolisiert die gegenseitige Abhängigkeit von individueller und staatlicher Partizipationsperspektive und Verantwortlichkeit, ohne damit eine „Gleichmächtigkeit“ zwischen Staat und Individuum auszudrücken. Eine funktionierende Gemeinwesenarbeit kann nur gelingen, wenn einzelne aktiv werden und dazu staatlichen Raum und Unterstützung erhalten, während die Individuen zum Interessenausgleich bereit sind, und die institutionellen Beteiligungsansätze transparent, ernstgemeint und wirksam sind.

3. Das Ideal demokratischer Politik als Maßstab zur Bewertung konkreter Kinderbeteiligung

Angelehnt an die Demokratiediskussion der griechischen Antike hat der Politologe Thomas MEYER ein Ideal politischen Handelns dargestellt (Meyer 1994: 24), in dem die subjektive Betroffenheit von einer politischen Frage, das politische Engagement und die Betroffenheit von den Ergebnissen politischer Entscheidungen in Zusammenhang stehen (vgl. Schaubild 2) und sich im Idealfall als Handlungskreislauf darstellen. Dieses Ideal von Politik ist in unserer gegenwärtigen Demokratie an kaum einer Stelle wiederzufinden. Die meisten politischen

Fragen sind angesichts der weltweiten Globalisierung, der institutionellen Differenzierung des politischen Systems und der mangelnden direkten Politikmöglichkeiten in unserem Staat so komplexer Natur, dass die politisch Entscheidenden von ihren Entscheidungen nicht betroffen sind, während die von den politischen Entscheidungen Betroffenen keinerlei Einfluss auf die Entscheidungen haben (vgl. ausführlicher, BARTSCHER 1998: Kap. 2). Bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss man sich der Frage stellen, ob es nicht – insoweit Kinder- und Jugendpolitik auch ein pädagogisches Lernfeld ist – notwendig ist, politische Aktionen und politische Entscheidungsprozesse mit Kindern und Jugendlichen so zu gestalten, dass sie diesem Ideal möglichst nahe kommen. Aus diesem Schaubild ergibt sich, dass Politikformen mit Kindern, die sich auf deren Meinungsäußerungen reduzieren (Kindersprechstunden, Jugendforen usw.), und repräsentative Politikformen (Kinder- und Jugendparlamente) verhindern (können), dass Kinder und Jugendliche mit den Konsequenzen ihres politischen Handelns konfrontiert werden. So kommt es in derartigen Veranstaltungen vor, dass Kinder und Jugendliche oft beliebige und teils unrealistische Wünsche und Forderungen erheben; wenn es dann Politik und Verwaltung nicht gelingt, diese Forderungen nachzukommen, werden sie als kinderfeindlich diffamiert und Politikverdrossenheit wird schon bei den Kindern vorprogrammiert. Nicht die Sinnhaftigkeit dieser Arbeitsformen soll hier bestritten werden, sondern auf einen systembedingten Nachteil aufmerksam gemacht werden. Dem stehen sicher andere Vorteile gegenüber (vgl. ausführlicher, BARTSCHER 1998).

Schaubild 2: Ideal des politischen Prozesses



Praxisbericht: Acht Jahre Modellprojekt Hamm-Norden – Jugendarbeit auf neuen Wegen

Die Jugendarbeit hat für das „sozial- und bewohnerorientierte Stadtteilentwicklungsprojekt Hamm-Norden“² eine besondere Bedeutung. Auslöser des Stadtteilprojektes war insbesondere die hohe Jugendkriminalität und die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen im Stadtteil. Gleichzeitig zeigte die sozialplanerische Betrachtungsweise im Jugendfreizeitstättenplan 1992, dass der Hammer Norden für die Erweiterung offener Jugendarbeit in Hamm höchste Priorität hatte.

Seit 1993 wurde in dem Stadtteilprojekt der Blick immer wieder darauf gerichtet, wie die Situation der Jugendlichen im Hammer Norden verbessert werden könne. Dieser Prozess führte zur Einrichtung verschiedener Angebote und Projekte der Jugendarbeit.

1. Praktische Entwicklungen aus der Kooperation im Stadtteilprojekt

Vier Träger arbeiten mit ihren Projekten in der Jugendarbeit im Hammer Norden eng zusammen:

- Das Stadtteilbüro (Trägerschaft: AWO Hamm-Warendorf und Katholischer Sozialdienst Hamm) führt soziale Gruppenarbeit nach KJHG sowie die Schulaufgabenbetreuung an einer Hauptschule durch; weiterhin bildet die intensive Kinderarbeit an drei Standorten im Stadtteil die Basis der Jugendarbeit.
- Der Arbeitskreis für Jugendhilfe e.V. (AfJ), der örtliche Drogenhilfeträger, bietet seit Mitte der neunziger Jahre ein Projekt der „stadtteilintegrierten Jugend- und Drogenhilfe“ an; dies besteht zum Teil aus einem Offenen Treff in einem Container, darüber hinaus in teilweise aufsuchenden Beratungsangeboten, Vermittlung in Drogenhilfeeinrichtungen und Projektarbeiten mit den Jugendlichen.
- Zwei der Kirchengemeinden im Stadtteil (Ev. Johannesgemeinde und Kath. Herz-Jesu-Gemeinde) haben eine mobile Jugendarbeit entwickelt und realisieren sie an verschiedenen Standorten im Stadtteil.
- Durch den hohen Anteil von Aussiedlern kamen die in diesem Bereich tätigen Maltesser-Werke ins Spiel. Dieser Träger bietet ein Internetcafe „Drin“ an.

Die verschiedenen Projekte werden seit ca. 1995 im Arbeitskreis Jugend des Arbeitskreises Hamm-Norden koordiniert. Koordination bedeutete zunächst den Erfahrungsaustausch und

² Auf eine Darstellung der Stadtteilarbeit wird hier verzichtet. Sie ist in einer anderen Dokumentation gut beschrieben und als Download zu erhalten: vgl. BARTSCHER 2001

die Terminabstimmung von Aktivitäten und die Durchführung einzelner Kooperationsveranstaltungen (Fußballturniere, Discos usw.). Seit ca. zwei Jahren wird verstärkt daran gearbeitet, die Gesamtverantwortung für die Jugendarbeit im Hammer Norden in planerischer Hinsicht wahrzunehmen. Während vorher die einzelnen Träger Angebote unabhängig voneinander für bestimmte Zielgruppen entwickelten, wurde die Notwendigkeit immer deutlicher, Jugendarbeit für den Stadtteil so zu planen, dass die wichtigsten Zielgruppen und die wichtigsten räumlichen Bereiche durch Angebote der Jugendarbeit erfasst und betreut werden.

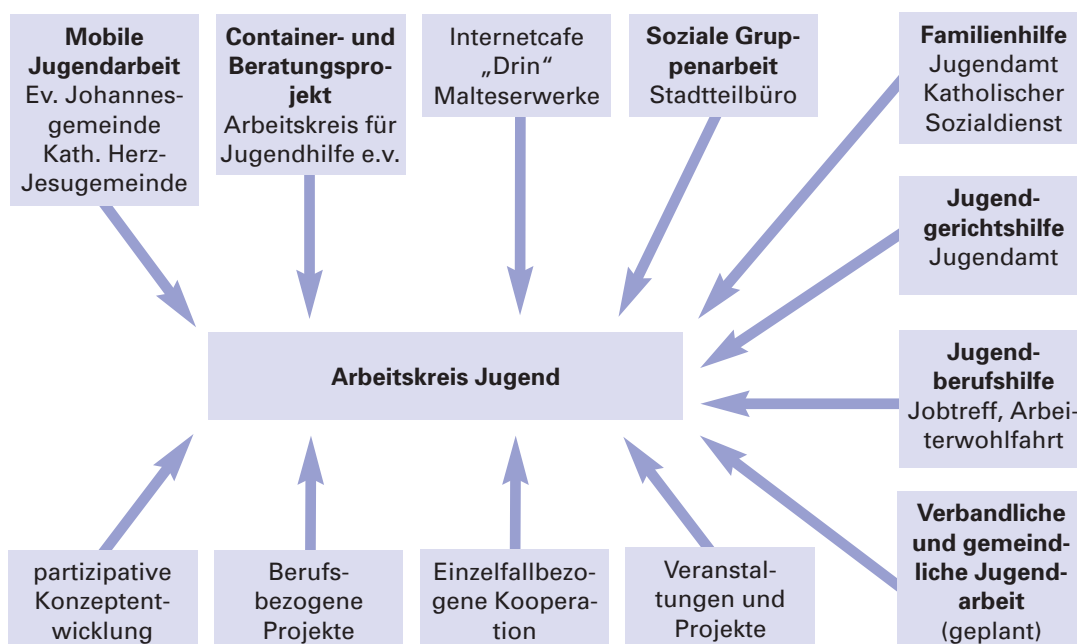
a. Bereiche der Zusammenarbeit

Der Arbeitskreis Jugend arbeitet seitdem in vier Bereichen besonders intensiv zusammen:

- (1) Die Erarbeitung eines Konzeptes wurde vom Arbeitskreis Jugend gemeinschaftlich unternommen. Zum Prozess der Konzepterarbeitung gehörte die Entwicklung einer Grundidee, welche Inhalte dieses Konzept umfassen soll, die Klärung der Frage, wie Jugendliche im Prozess der Konzeptentwicklung beteiligt werden, die Durchführung einer aktivierenden Befragung von Jugendlichen im Hammer Norden zu diesem Zweck, die Abstimmung der Ergebnisse dieser Befragung in einem Jugendforum und die Bündelung aller Überlegungen und schriftlicher Ausformulierung des Konzeptes.
- (2) In der Stadtteilarbeit war die Grundsatzentscheidung getroffen worden, die Arbeit des gesamten Stadtteilprojektes stärker auf die beruflichen Entwicklungschancen der Bewohner/innen zu richten. Diese Aufgabe stellte sich auch für die Jugendarbeit. Als

Ergebnis der Klausur 2001 wurde das Projekt „Befähigung von Jugendlichen zur eigenständigen Arbeitsaufnahme“ entwickelt. Hier arbeiten Jugendberufshilfe (vertreten durch die AWO) und die Jugendarbeit verbindlich zusammen, um durch geeignete Maßnahmen und Projekte Jugendliche bei der Berufsfindung und in der Ausbildungsphase zu begleiten.

- (3) Da immer wieder einzelne Jugendliche und Cliquen von Jugendlichen besondere Schwierigkeiten und Herausforderungen an die Jugendarbeit stellen, ist es notwendig, durch Erfahrungsaustausch und Absprache gemeinsamer Vorgehensweisen die Problemfälle anzugehen und nach Lösungen zu suchen. In dieser Einzelfallkooperation hat sich als besonders wichtig die Zusammenarbeit mit der Jugendgerichtshilfe und der Familienhilfe des Jugendamtes bzw. des Kath. Sozialdienstes herausgestellt. Die Erfahrungen zeigen, dass in der Vergangenheit immer wieder einzelne Jugendliche und Cliquen die einzelnen Projekte so intensiv beschäftigt haben, dass viele Ressourcen gebunden wurden, ohne dass konstruktive Prozesse eingeleitet werden konnten. Die Hoffnung besteht darin, und die Erfahrung bestätigt dies, dass durch eine kontinuierliche Zusammenarbeit die Problemfälle besser gelöst werden können.
- (4) Die Zusammenarbeit findet auch bezogen auf Veranstaltungen und Projekte statt, die sich teilweise aus den vorgenannten Punkten ergeben.



b. Entwicklung von gemeinsamen Schwerpunkten: Mehr Beteiligung und Eigenverantwortung

In den letzten beiden Jahren entwickelten die Mitarbeiter/innen der Jugendarbeit in der AG Jugendarbeit zwei konzeptionelle Schwerpunkte, wobei hier der Prozess der stärkeren Beteiligung der Jugendlichen beschrieben wird.

Ausgangspunkt war die Frage, wie weit der Anspruch aus der Stadtteilarbeit, Bewohner/innen zu aktivieren, zu Eigenverantwortung zu motivieren und ihnen politische Beteiligungschancen einzuräumen, in der Jugendarbeit umgesetzt ist. Aus verschiedenen Gründen wurde dieses Thema in der Vergangenheit nicht als vorrangig angesehen, und es erschien allen als eine große Frage, wie weit Jugendliche mit erheblichen Störungen im Sozialverhalten überhaupt in der Lage seien, Verantwortung zu übernehmen.

Erste Ansätze gab es in allen Projekten.

- (1) Ein Hüttenbauprojekt der Mobilien Jugendarbeit hatte gezeigt, dass Jugendliche in einem überschaubaren Sozialraum in der Lage sind, ihren eigenen Raum zu bauen, zu gestalten und zu pflegen. Allerdings erschien dieses Modell nicht unbedingt auf andere Bereiche übertragbar, da es an geeigneten Plätzen fehlte und z.B. im Umfeld der Schottschleife die „soziale Lage“ zwischen Gruppen und Cliquen konfliktträchtiger ist.
- (2) Alle Projekte experimentierten mit Modellen der Verantwortungsübernahme wie „Thekendiensten“. Doch das Ziel, Jugendliche Räume insgesamt eigenständig verwalten zu lassen, galt als unerreichbar. Die berechtigte Sorge um Konflikte und Übergriffe verhinderte hier weitergehende Experimente.
- (3) Die Beteiligung bei der Planung und Ausgestaltung von Angeboten und Räumen (z.B. bei der Neuaufstellung des Containers in der Schottschleife) wurde von den Trägern immer wieder durchgeführt. Allerdings blieben diese Ansätze vereinzelt und losgelöst von einem Gesamtkonzept.

Alle Beteiligten hielten diesen Zustand für unbefriedigend. So wurden im Oktober 2000 und im Januar 2001 zwei Fortbildungstage zum Thema „Partizipation“ durchgeführt. Als Ergebnis dieser Fortbildung wurde die Entscheidung getroffen, das Thema offensiver anzugehen als bisher. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Fortbildung war, dass alle Mitarbeiter von ihren jeweiligen fachlichen Positionen aus grundsätzlich mehr Partizipation befürworteten. Dazu kam die Bereitschaft, die These auszuprobieren, dass die Zumutung und

Unterstellung von Verantwortung an Jugendliche, die scheinbar nicht verantwortungsbereit sind, positive Auswirkungen haben könnte, während die Angst vor Misserfolgen und Misstrauen gegenüber chaotischen Jugendlichen die Chaotik und ein beliebiges Sozialverhalten verstärkt. Damit begann ein Prozess, bei dem nach und nach die Mitarbeiter/innen ihre verbalen und nonverbalen Botschaften an die Jugendlichen veränderten:

- „Wir unterstützen euch bei Dingen, die ihr tun wollt“ statt „Wir machen euch Angebote“
- „Wir sehen uns als Berater, Begleiter, Unterstützer“ statt „Wir passen auf, dass ihr keinen Unsinn macht, und wir versorgen euch mit Getränken und anderem“
- „Wir lassen uns Respektlosigkeit und Anmacherei nicht gefallen“ statt „Ihr seid ja noch nicht so reif, dass ihr Euch vernünftig benehmen könntet“.

Gleichzeitig wurden konkrete Schritte getan, um die praktische Arbeit zu verändern:

- Das versorgende Angebot wurde reduziert; es blieb teilweise den Jugendlichen überlassen, ob es Getränke und Speisen gibt.
- Mit Jugendlichen, die etwas tun wollten, wurden konkrete Projekte in Angriff genommen (Bau einer Skater-Rampe, selbständige Durchführung von Fahrten usw.).

Die Auswirkungen dieser Aktivitäten waren sehr unterschiedlich. Während ein Teil der Jugendlichen protestierte und versuchte, die Mitarbeiter verschiedener Einrichtungen gegeneinander auszuspielen („Aber die machen das“, „Die kümmern sich viel besser“), teilweise aggressiv und beleidigend reagierte, ging ein anderer Teil der Jugendlichen auf die neue Form des Angebotes ein und beteiligte sich in unterschiedlicher Weise. Grundsätzlich wurden die ersten Erfahrungen als sehr positiv eingeschätzt.

Zur Verstärkung und Unterstützung des Ziels auf mehr Beteiligung wurden folgende Ansätze genutzt:

- (1) Die Schulung von Jugendlichen, die bereit waren, sich zu engagieren. Es erschien notwendig, aktive Jugendliche über die alltägliche Begleitung durch Hauptamtliche hinaus zu schulen. Da es keine originären Kurse für die Selbstorganisation von Jugendlichen in der Jugendarbeit gab, wurde auf die vorhandenen Jugendgruppenleiter-schulungen der freien Träger und des Jugendamtes zurückgegriffen. Darüber hinaus führte der Arbeitskreis für Jugend e.V. in den Sommerferien einen eigenen Kurs für die Nutzer des Containers in der Schott-

schleife durch. Die Teilnahme der Jugendlichen bewirkte über die eigentlichen Ziele hinaus gerade bei der Klientel aus der Jugendarbeit, dass ihr Selbstbewusstsein und ihr Bereitschaft zum Engagement deutlich verstärkt wurden.

- (2) Jugendliche sollten auch bei der Entwicklung des Konzeptes beteiligt werden. Als erster Schritt im Rahmen der Bestands- und Bedarfsermittlung wurde die Form einer aktivierenden Befragung gewählt.
- (3) Diese Aktivitäten sollten in einem Jugendforum gebündelt werden, das zum Diskussions- und Aushandlungsforum zwischen den Jugendlichen untereinander und mit den hauptamtlichen Mitarbeiter/innen werden sollte. Dieses Jugendforum wurde am 12. Dezember 2001 durchgeführt.

Sehr positiv wirkte darüber hinaus die „Stadtteilrunde Hamm-Norden“ – ein Multiplikatorenarbeit für die Stadtteilöffentlichkeit zur besseren Information über die laufende Arbeit - am 15. November 2001, bei der die Jugendarbeit als Schwerpunktthema präsentiert wurde. Hier wurden Jugendliche an der Präsentation der Jugendarbeit beteiligt. Ein moderiertes Interview von Jugendlichen aus allen Einrichtungen durch einen Radiomoderator wurde ins Zentrum der Veranstaltung gestellt. Die Jugendlichen machten nach zögerlichem Beginn bereitwillig mit. Im Verlaufe der Veranstaltung stellte sich heraus, dass die öffentliche Präsentation der gemeinsamen Aktivitäten die Identifikation der Jugendlichen mit der Jugendarbeit und auch mit dem Ziel der Beteiligung und Eigenverantwortung sehr verstärkte.

Grundsätzlich kann nach dieser ersten Phase der Aktivierung festgestellt werden, dass der Ansatz richtig ist und in dieser Richtung weitergearbeitet werden sollte. Es gibt eine Reihe von Belegen dafür. So wurde im Containerprojekt des Arbeitskreises für Jugend e.V. der Container und sein Umfeld von den Jugendlichen mit hoher Eigenverantwortung renoviert und neu gestaltet. Für sieben Jugendliche führte der Träger eine spezielle Schulung durch, damit diese den Container in Eigenverantwortung öffnen können. Ebenso betreuen einige der durch die kirchliche Jugendarbeit geschulten Jugendlichen immer öfter die Jugendkeller der beiden Kirchengemeinden während der Öffnungszeiten. Auch in der Werkstattarbeit und in der Mädchenarbeit gibt es teilweise positive Erfahrungen mit der Verselbständigung der Jugendlichen.

2. Einbeziehung der Jugendlichen in den Prozess der Konzeptentwicklung

Im Prozess der Konzeptentwicklung wurden die Jugendlichen sehr stark einbezogen. Ausgangspunkt war eine aktivierende Befragung, der sich ein Jugendforum anschloss. Aus dem Jugendforum ergaben sich Projektgruppen, die heute weiter an der Umsetzung der Ideen und Interessen arbeiten.

Aktivierende Befragung

Um ein integriertes Gesamtkonzept zur Jugendarbeit im Hammer Norden entwickeln, erschien es auf dem Hintergrund des „bewohnerorientierten“ Ansatzes der Stadtteilarbeit notwendig, auch die Betroffenen selbst zu befragen und zu beteiligen. Dazu wurden auch die vorhandenen Ansätze und Angebote der Jugendarbeit evaluiert. Die aktivierende Befragung sollte gleichzeitig das Ziel verfolgen, die Jugendlichen zu Eigenengagement und aktiver Mitarbeit zu motivieren. Zu diesem Zweck wurden in einem ersten Schritt die aktuelle sozialräumliche Situation und die Themen der Jugendlichen durch eine aktivierende Befragung erfasst. Mit diesem Ziel wurde das Büro für kinderfreundliche Stadtgestaltung und Partizipationsverfahren, S. Monzel, Münster, beauftragt, eine aktivierende Befragung der Jugendlichen im Alter von etwa 13 bis 23 Jahren im Hammer Norden bezüglich Methodik und Inhalten zu entwerfen und die Durchführung der Befragung zu begleiten. Bei der aktivierenden Befragung wurden aus einem umfassenden ersten Konzeptentwurf nachfolgend aufgeführte Methoden zur Durchführung vereinbart.

Spontaninterviews draußen

Die Mitarbeiter/innen der Jugend- und Sozialarbeit befragten Jugendliche, die ihnen im Idealfall nicht bekannt sind. Bei der Anzahl der zu führenden Interviews einigten sich die befragenden Mitarbeiter/innen intern auf möglichst 15 Interviews bzw. zu befragende Jugendliche pro Befrager/in. Die Interviews wurden als qualitativ ausgerichtete, nicht standardisierte Gespräche anhand eines Gesprächsleitfadens geführt, der alle relevanten Themen umfasste. Die Gesprächsdauer für alle Themen wurde mit ca. 30 Minuten kalkuliert. Von den Interviews wurden schriftliche Protokolle angefertigt. Die Jugendlichen wurden an ihren Aufenthaltsorten draußen aufgesucht. Ferner wurden Jugendliche an Bushaltestellen aufgesucht, um dort mittags oder nachmittags eventuell diejenigen zu erreichen, die Schulen außerhalb des Hammer Nordens besuchen, und sich weniger draußen aufhalten. Ebenso an Radwegen in Richtung Innenstadt und

Bockum-Hövel sowie an zentralen Einkaufsorten im Hammer Norden. Im Rahmen der Spontaninterviews wurden von sechs Mitarbeiter/innen der Hammer Jugend- und Sozialarbeit 94 Jugendliche im Alter zwischen 13 und 23 Jahren befragt. Unter den spontan Befragten waren 43 Mädchen und 51 Jungen, also eine relative Gleichverteilung bzgl. der beiden Geschlechter. Auffällig bzgl. der Geschlechter der Befragten ist jedoch, daß von insgesamt 43 interviewten Mädchen 39 Deutsche³ sind ! Marokkanische Mädchen wurden draußen gar nicht angetroffen, türkische und libanesische Mädchen jeweils nur einmal. Die insgesamt 94 Jugendlichen wurden in 70 Interviews befragt.

Diskussionsrunden in Einrichtungen

Auch diese Runden wurden als qualitativ ausgerichtete, nicht standardisierte Gruppengespräche anhand eines Gesprächsleitfadens, der alle relevanten Themen umfasst, geführt. Ausgangspunkt der Diskussion war die Beurteilung der Situation in der betreffenden Einrichtung. Angewendet wurden Moderationstechniken zur Visualisierung. Es wurden insgesamt vier Diskussionsrunden mit Gruppen von Jugendlichen in Einrichtungen der Jugendarbeit des Hammer Nordens durchgeführt.

Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die in die Diskussionen eingebundenen Jugendlichen:

	Johannes-keller	Johannes-keller	Container-keller	Internet-cafe	Summe
weibl.	6	5	1	1	13
männl.	0	5	12	11	28
gesamt	6	10	13	12	41

Jugendforum

Am 12.12.2002 wurden die Ergebnisse der Befragung (vgl. Stadt Hamm 2001) den Jugendlichen präsentiert. Es waren ca. 40 Jugendliche anwesend; hierbei handelte es sich um den „harten Kern“ der in den verschiedenen Projekten teilnehmenden und aktiven Jugendlichen. Auf der Basis der Präsentation schlossen sich vier Workshops an, in denen die Teilnehmer/innen ihre Ideen und Interessen konkretisieren konnten: Räume für Jugendliche, Räume für Mädchen, Raus aus dem Hammer Norden – Raus aus dem Alltag, Hilfen bei Ausbildungs- und Arbeitssuche

Umsetzungsprojekte

Aus allen Workshops haben sich Folgeaktivitäten ergeben. Im Frühjahr 2002 sollen die Ergebnisse und Entwicklungen im Rahmen des neuen Konzeptes den Jugendlichen zurückgemeldet werden.

Weitere Praxisbeispiele der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Durch die kontinuierliche Weiterentwicklung der Stadtteilarbeit und durch das gemeinsame Verständnis mit dem Stadtteilbüro und dem Planungsamt, dass Kinder eine wichtige Zielgruppe der Beteiligungsverfahren sind, konnten eine Reihe von Projekten durchgeführt werden. Auf diesem Hintergrund werden die folgenden exemplarisch beschriebenen Praxisbeispiele (selbst-)kritisch beschrieben.

1. Streifzüge im Hammer Norden zur Entwicklung eines städtebaulichen Rahmenplans

1993 beschloss die Stadt Hamm, im Rahmen des sozial- und bewohnerorientierten Stadtteilentwicklungsprojektes Hamm Norden einen städtebaulichen Rahmenplan erarbeiten zu lassen. Damit wurde ein Planungsbüro (BASTA) beauftragt, das durch die Anwendung partizipativer Beteiligungsverfahren einen guten Ruf hatte. In der Erarbeitungsphase des städtebaulichen Rahmenplans wurden 1993 mit dem Planungsbüro „Stadt-Kinder“ (vgl. APEL/ PACH 1997; die Autoren führten die erste Streifzugserie in Hamm und deren Auswertung durch) und 1994 mit BASTA ca. dreißig Streifzüge mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt.

Da ein städtebaulicher Rahmenplan die Entwicklung eines Stadtteils für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre definiert, war in diesem Fall von vornherein klar, dass die Befragung der Kinder und Jugendlichen keine unmittelbaren politischen Auswirkungen haben wird. Aus diesem Grund wurde die Befragung mit einem Abenteuerspielplatzprojekt verbunden, bei dem die Nordener Kinder und Jugendlichen vierzehn Tage Gelegenheit hatten, auf dem Schulhof der Ludgerischule eine Abenteuerspielplatzstadt zu erbauen. Mit den teilnehmenden Kindern dieses Abenteuerspielplatzes wurden Kleingruppen von 3-6 Kindern gebildet, die mit zwei Erwachsenen auf einen Streifzug durch den Stadtteil gingen. Die erwachsenen Begleiter interviewten, protokollierten und fotografierten die Aussagen der Kinder. Diese wurden während des Streifzugs nach ihrer Nutzung des Stadtteils, nach Spielmöglichkeiten, nach abenteuerlichen Plätzen und nach Gefährdungspunkten gefragt (zur Methodik der Streifzüge vgl. APEL/ PACH 1997). Die Ergebnisse wurden vom Planungsbüro ausgewertet, in einem Bericht zusammengefasst und in dem städtebaulichen Rahmenplan berücksichtigt.

Aus den Streifzügen ergaben sich vier wesentliche Handlungsziele:

³ Im Rahmen der Auswertung kann nicht unterschieden werden, wie viele der Deutschen Aussiedler/innen sind.

Die Gestaltung des Siedlungsrandbereiches

Die Kinder machten Aussagen über die spielerische Nutzung der Lippeaue. Insbesondere beklagten sie den Verlust ihres Spielparadieses an der Oranienburger Straße, an der eine große Fläche neu bebaut wurde. Als planerische Konsequenz wurden in der Folgezeit die für den Siedlungsrand vorgesehenen Bebauungspläne geändert und statt einer achtgeschossigen Wohnbebauung wurden die entsprechenden Flächen dem Landschaftsschutzgebiet zugeordnet.

Die wohnungsnahen Spielflächen

Die wohnungsnahen Spielflächen der Wohnungsbaugesellschaften haben, so zeigten die Streifzüge, eine wichtige Aufenthaltsfunktion, da sie von den Wohnungen aus einsehbar sind, und vor allem Mädchen hier einen wichtigen Spielort finden. Der qualitative Zustand der Spielplätze war sehr schlecht, und es ergab sich die dringende Anforderung, hier Verbesserungen durchzuführen. Diese Anregung wurde 1997 von der LEG durch eine umfangreiche Wohnumfeldsanierung aufgegriffen, bei der der Spielwert des Geländes sehr erhöht wurde.

Gefährdungspunkte im Verkehr

An den wichtigsten Brennpunkten hat die Bauverwaltung neue Querungsmöglichkeiten geschaffen. Von den Kindern wurde die mangelnde Nutzbarkeit mehrerer öffentlicher Plätze bemängelt. Infolgedessen hat die Verwaltung im Rahmen der Städtebauförderung erfolgreich Mittel beantragt, so dass in den nächsten drei Jahren der Rheinsberger Platz, der Karlsplatz und der Tondernplatz mit intensiver Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern umgeplant und umgestaltet werden können.

Die hier beschriebenen Auswirkungen gehen nicht allein auf die Kinderstreifzüge zurück. Vor der Rücknahme der Bebauungspläne im Siedlungsrandbereich gab es gleichlautende Forderungen aus dem Umweltbereich. Für eine Wohnumfeldumgestaltung hat sich das Stadtteilbüro Hamm-Norden nach der Durchführung der Streifzüge sehr intensiv eingesetzt und eigene Wohnumfeldbegehungen mit den Anwohnern durchgeführt. Am Beispiel der Streifzüge im Hammer Norden wird deutlich, dass Kinder auch mittel- bis langfristig politische Wirkungen erzeugen können, vor allem, wenn sie in geeigneter methodischer Form befragt werden, wenn die Ergebnisse professionell in die entsprechenden Planungsprozesse eingebracht werden, wenn Bündnispartner gefunden werden und wenn es Organisationsstrukturen gibt, in denen langfristig an der Verbesserung des Stadtteils gearbeitet wird.

2. Die Planung und der Bau eines kinderfreundlichen Wohnumfeldes in der Danziger Straße

Die Hammer gemeinnützige Baugesellschaft mbH (HgB) hatte 1992 eine Reihe von Häusern in der Danziger Straße zu modernisieren begonnen. Es gab bei der HgB Überlegungen für eine Verbesserung der Stellplatzsituation und für verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Danziger Straße. Ein Ziel der HgB war, in Zusammenarbeit mit der Stadt Hamm und anderen Organisatoren die Anwohner/innen bei der Gestaltung der Außenbereiche zu beteiligen und insbesondere eine kinderfreundliche Gestaltung zu erreichen.

Durch die Beteiligung des Kinderbüros am Wettbewerb „Bau- und Wohnhits von Kids“ des Ministeriums für Bauen und Wohnen NRW und die damit verbundene Bezuschussung konnten die Kinder in einem intensiven Prozess an Planung und Bau des Wohnumfeldes beteiligt werden. Um alle Anwohner gleichermaßen zu beteiligen, einigten sich die Initiatoren des Projekts auf differenzierte Zielgruppenarbeit. Das bedeutete, dass für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen spezielle Angebote im Vorfeld gemacht wurden, um herauszufinden, was die einzelnen Gruppen wollten.

Zu Beginn und zum Ende des Projekts gab es eine Versammlung aller Anwohner/innen, dazwischen fand der Arbeitsprozess aber in den jeweiligen Zielgruppen statt. Zu Beginn zeigten sich erhebliche Probleme:

- Es gäbe einen Nationalitätenkonflikt zwischen deutschen und türkischen Anwohner/innen.
- Den Erwachsenen erschien es unbegreiflich, dass Kinder beteiligt werden sollten. Auf die Einladung, zur ersten Anwohnerversammlung die Kinder mitzubringen, ging niemand ein.
- Das Hauptinteresse der Erwachsenen galt der Schaffung von Autostellplätzen, von dem sie erst mit dem Argument abzubringen waren, dass neue Stellplätze zusätzlichen Verkehr aus dem angrenzenden Wohngebiet anziehen würden.

Die Kinderprojektwoche als Zentrum des Planungsprozesses

Die Arbeit mit den Schulkindern fand im wesentlichen in der ersten Osterferienwoche 1992 statt. Die Kinder wurden durch eine Straßenpielaktion aufmerksam gemacht, und nachdem zum ersten Treffen acht Kinder kamen und ihre Freund/innen mitbrachten, wuchs die Projektgruppe schnell auf über dreißig Kinder. Das methodische Grundkonzept basierte auf dem Ansatz der Projektarbeit (vgl. BARTSCHER 1998: Kap. 6). Verschiedene Erfahrungen in an-

deren Projekten hatten gezeigt, dass Kinder dann am besten in der Lage sind, abstrakte Planungen zu begreifen, wenn sie in einem Modell realisiert werden. Um den Kindern zu vermitteln, worum es eigentlich ging, wurde zunächst eine Phase der „Horizontenerweiterung“ vorgeschaltet. Den Planer/inne/n war klar, dass Kinder nicht ohne Anregungen kreative und neue Spielmöglichkeiten planen können (Erwachsene übrigens auch nicht). Unter anderem wurden ein Abenteuerspielplatz, der Spielbogen im Dortmunder Westfalenpark und ein Kindertagesstätten-Außengelände besucht, das als Naturspielgelände angelegt war. Durch diese Exkursionen bekamen die Kinder eine Vielzahl von Anregungen.

Auf der Grundlage all dieser erlebten Spielelemente erstellte eine kleinere Gruppe von Kindern eine Liste der in ihrer Wohnumgebung passenden Geräte. Nach einem intensiven Abwägungsprozess unter finanziellen, rechtlichen und anderen planerischen Gesichtspunkten konnte mit dem Modellbau begonnen werden. Die Kinder vermaßen das Gelände, die Häuser wurden maßstabsgetreu auf eine Holzplatte gebaut, und dann wurde das Außengelände mit den Spielgeräten als Modell gestaltet. Das fertige Modell wurde von den Kindern am Abschluß-Nachmittag der Projektwoche den Erwachsenen, Jugendlichen und Politikern aus dem Stadtteil vorgestellt. Am spannendsten war die Reaktion der Jugendlichen. Die behaupteten, das sei alles Quatsch, das würde ja doch alles kaputtgemacht, das einzige sinnvolle sei ein Bolzplatz mitten zwischen den Häusern (mit Draht vor allen Fenstern, damit keine Scheiben kaputtgingen). Aus diesen provozierenden Äußerungen ergab sich eine spannende Diskussion um Fragen wie „Warum wird immer alles kaputtgemacht?“, „Welche Möglichkeiten haben Jugendliche?“, „Was fehlt sonst noch im Stadtteil?“ Die Kinder verteidigten ihre Ideen, und die Jugendlichen erklärten sich später bereit, konstruktiv mitzuarbeiten.

Realisierung

Im Anschluss an die Kinderprojektwoche wurde ein Architekt mit der Ausbauplanung beauftragt. Im Februar 1993 wurde mit einem öffentlichen ersten Spatenstich der Bau begonnen und im Herbst mit einem großen Nachbarschaftsfest abgeschlossen. In den letzten Tagen der Bauphase beteiligten sich die Kinder am Bau und stellten unter anderem Spielgeräte auf, die sie in der langen Wartezeit in den Herbstferien zuvor gebaut hatten.

Zusammenfassende Bewertung

Neben dem eigentlichen Anliegen, ein Wohnumfeld zu planen und zu bauen, ist die Lösung sozialer Spannungen zumindest in Ansätzen gelungen. Nach anfänglicher völliger Ablehnung wurde mehr und mehr das Interesse der Anwohner/innen geweckt. Die Konfrontation zwischen den Nationalitäten haben sich während der ersten Projektphase beruhigt, es war für die Beteiligten eine wichtige Erfahrung, dass andere die gleichen Interessen haben können und dass es in beiden Gruppen Menschen gibt, die gegen soziale Regeln verstoßen.

In der Bauphase gab es eine Reihe von Schwierigkeiten, gute Ideen aus den Projekten, die noch in die Planung übernommen worden waren, in die Realität umzusetzen. Ursachen waren technische Schwierigkeiten und mangelndes Verständnis der Baufirma (Bau des Berges, der Kletterfelsen), aber auch Bedenken der erwachsenen Anwohner. Es gab noch einmal Änderungen, teilweise in Abstimmung mit der Projektgruppe, teilweise eigenständig durch die Baufirma. Ein großes Problem bestand darin, dass die Baufirma nur sehr zögerlich arbeitete und sich die Baumaßnahme über sechs Monate hinzog. Endgültig auf der Strecke geblieben ist eine von den Kindern gewünschte Wasserspielanlage.

Im Nachhinein hat sich gezeigt, dass von der Wohnungsgesellschaft keine Konsequenzen aus dem Modellprojekt gezogen wurden. Die Wohnumfelder in angrenzenden Siedlungen wurden ohne integrierte Spielflächen realisiert. So konzentrierten sich die Spielaktivitäten im Quartier Danziger Straße mit erheblichem Konfliktpotential. Auch wenn die Planung bis heute Bestand hatte, zogen sich doch Nachbarschaftskonflikte über die Jahre durch. 2000 hat es einen neuen Anlauf zur Regelung der Konflikte und zu einer neuen Überprüfung der Konzeption durch die damals am Projekt Beteiligten gegeben. Vom Kinderbüro ist eine Bewohnerbefragung durchgeführt worden, die demnächst vorliegt und als Grundlage für weitere Aktivitäten dienen soll.

3. Bauprojekte auf öffentlichen Spielplätzen mit Kindern

Die Bauprojekte auf öffentlichen Spielplätzen sind im Rahmen eines gesamtstädtischen Beteiligungsschwerpunktes zu sehen. Dieser Schwerpunkt entwickelte sich aus der Erfahrung, dass die Einbindung von Kindern in die Planung von Spielräumen wie im Projekt „Danziger Straße“ zwar immer wieder gut gelungen war. Für das kindliche Erleben gerät jedoch die

Realisierung einer Planung außerhalb ihres Erfahrungshorizonts, wenn Spielplätze erst ein bis zwei Jahre später gebaut werden. Deshalb bieten Bauprojekte Möglichkeiten, Kinderinteressen in überschaubaren Zeiträumen und unter ihrer aktiven Beteiligung zu realisieren. Im Hammer Norden wurden Bauprojekte auf einer Reihe von städtischen Spielplätzen und in privaten Wohnumfeld durchgeführt.

Wichtigster Teil der Vorbereitung von Bauprojekten ist es, konkrete Gestaltungsmöglichkeiten mit verschiedenen Materialien auszuarbeiten, die den rechtlichen und sicherheitstechnischen Ansprüchen an Spielraumgestaltung gerecht werden, den Kindern aber auch kreative Gestaltungsmöglichkeiten einräumen.

Als Gestaltungsmöglichkeiten haben sich dabei herauskristallisiert:

- Gestaltung von Weidenhütten;
- Bau von Hochbeeten, Sitz- und Spielgelegenheiten aus Naturbruchsteinen;
- Bau von Klettertürmen und Spielhäusern aus Kanthölzern und Sperrholztafeln;
- Modellierung von Kunst-Kletter-Spielobjekten aus Beton;
- Gestaltung von zweidimensionalen Phantasiewesen, Tieren aus Sperrholztafeln und Farbe;
- Anlage von Schaukel- und Schwingeelementen an vorhandenen Bäumen mit entsprechenden Seilen;
- Mauern von Spiellandschaften mit Bruchsteinen, alten Ziegeln und Mörtel;
- Bau von Klettergeräten aus Kanthölzern;
- Beschnitzen und das farbige Gestalten von Skulpturen aus Baumstämmen.

Diese Palette der Möglichkeiten wird durch die Zusammenarbeit ständig erweitert, weil sich in jedem Projekt neue Ideen ergeben. Auch Kinder bringen immer wieder Anregungen, mit welchen Techniken neue Spielmöglichkeiten geschaffen werden können. Bauprojekte sind Projekte der sozialen Gruppenarbeit und basieren auf der Methode der Projektarbeit. Sie ermöglichen Erfahrungen und Ergebnisse, die unter pädagogischen Gesichtspunkten als ausgesprochen positiv zu bewerten sind:

- Aktive und konkrete Gestaltung der Umwelt: Am Ende einer Bauprojektwoche sind die Ergebnisse für die Kinder sichtbar, gleichzeitig haben sie ihre Umwelt nach ihren eigenen Bedürfnissen gestaltet. Im Idealfall wird ein Kind durch die gebauten und gestalteten Objekte noch Jahre später daran erinnert: „Das habe ich gebaut!“
- Spaß und Freude am Gestalten: Der Spaß und die Freude der Kinder bei den Aktionen ist für alle Beteiligten erlebbar. Den Kindern

und auch den beteiligten Jugendlichen ist immer die Zeit zu kurz, sie kommen früher und gehen später als eigentlich geplant.

- Das aktive Verhältnis zur Umwelt bleibt: Schließlich hinterlässt der aktive Umgang mit öffentlichem Raum und Material Spuren. Langfristige Beobachtungen zeigen, dass die Kinder und Jugendlichen auf diesen Spielplätzen auch weiterhin gestaltend tätig sind.
- Kinder übernehmen Verantwortung: Kinder engagieren sich in den Bauprojekten für die Gestaltung des Gemeinwesens. Auch wenn es für sie Spaß und Aktivität bedeutet, so handeln sie doch meist auch in dem Bewusstsein, etwas für andere Kinder zu schaffen. Auch wenn Bauprojekte Vandalismus nicht völlig verhindern, sorgen sie doch meist für einen pfleglicheren Umgang der Kinder mit den Objekten und für die Verteidigung vor Schäden durch andere (so weit dies durch Kinder leistbar ist).
- Finanzielle Aspekte der Bauaktion mit Kindern: Der Kostenvergleich von Ergebnissen der Bauprojekte zu konventionellen Produkten macht deutlich, dass, selbst wenn man den ästhetischen Vorteil und den pädagogischen Effekt der selbstgebauten Produkte nicht berücksichtigt, sie doch in aller Regel ebenso teuer wie konventionelle Angebote sind. Viel wichtiger ist aber, dass neben dem reinen Produkt der Prozess als pädagogische Aktion einen völlig eigenen Wert besitzt, der in dieser Form nicht zu beziffern ist

4. Protestbekundung und Demonstration: Aktionen zur Verkehrsberuhigung

Demonstrationen und Protestbekundungen gehören zu den klassischen demokratischen Partizipationsformen. Vor allem Demonstrationen von Eltern mit ihren Kindern oder von Kindergruppen stehen immer wieder immer wieder im Rampenlicht der Öffentlichkeit.

Als aktuelles Beispiel einer Protest- und Demonstrationsform sollen hier Aktionen zur Verkehrsberuhigung vorgestellt werden, die alle klassischen Mittel politischer Aktion nutzt: Transparente, Flugblätter, Straßenblockaden, Medienarbeit. Im Gegensatz zu Protestformen des zivilen Ungehorsams handelte es sich jedoch um eine legale, von den Behörden genehmigte Aktion. Sie sollte bei Autofahrern, Anwohnern, aber auch verantwortlichen Politikern ein Bewusstsein für die Gefährdung von Kindern im Straßenverkehr erzeugen und Verhaltensänderungen anregen. Im Hammer Norden wurden mehrere Aktionen zur Verkehrsbe-

ruhigung von den Eltern in der Schottschleife und im Schlagenkamp initiiert.

Sie führten Tempo-30-Meßaktionen durch, die nach folgendem Muster abliefen:

Ein Mitglied der Initiativgruppe ermittelt mit einer Radar-Messpistole die Geschwindigkeit der vorbeifahrenden Kraftfahrzeuge. Die gemessenen Ergebnisse werden über Funk an den 100 bis 300 Meter entfernt gelegenen zentralen Ort der Aktion weitergeleitet. Die Kinder signalisieren mit großen Schildern die gefahrene Geschwindigkeit; die Polizeibeamten halten die Fahrzeuge an. Eltern, Kinder und Polizei klären die Fahrer gemeinsam über den Sinn von „Tempo-30“ auf und verteilen als „Denkzettel“ eine Urkunde mit der festgestellten Geschwindigkeit und den möglichen Folgen. Es werden nicht nur zu schnell fahrende Autofahrer angehalten und ermahnt, sondern auch korrekt fahrende Autofahrer belohnt.

Bei den Aktionen im Hammer Norden haben die Eltern in Zusammenarbeit mit dem Stadtteilbüro Kaffee- und Kuchenstände organisiert, für die Kinder wurden in einem geschützten Bereich Spiele angeboten. Die offizielle Verkehrsbeschilderung wurde durch von Kindern selbstgemalte, unter künstlerischer Leitung hergestellte Aktionsschilder ergänzt, die auf privaten Flächen aufgestellt die Autofahrer mit flotten Sprüchen zur Einhaltung der Verkehrsregeln motivieren. Die begleitende Öffentlichkeit über Zeitung und Radio sorgte stadtweit für Aufmerksamkeit und thematisierte die Interessen von Kindern im Straßenverkehr. Um die Wirksamkeit der Aktionen zu erhöhen, führte die Polizei in den folgenden Wochen weitere Kontrollen durch, bei denen dann bei Geschwindigkeitsverstößen die entsprechenden Bußgelder verhängt werden. Außerdem hat das Straßenverkehrsamt mittlerweile als bauliche Konsequenz durch eine veränderte Parkordnung (versetztes Parken) reagiert.

Die Stadtteilkonferenz für Kinder im Hammer Norden 1995

Die Stadtteilkonferenz für Kinder war geplant als Forum für die Interessen der Kinder analog zu den Stadtteilkonferenzen für Erwachsene. Es sollte keine repräsentative, mit Wahlen verbundene Form gewählt, sondern auf freiwilliger Basis alle Kinder einer Grundschule und von zwei Horten eingeladen werden. In der Schule und in den Horten wurde die Konferenz vorbereitet, die Kinder sammelten Ideen, bauten Modelle und malten Plakate. Am Tag der Konferenz versammelten sich 120 Kinder in einer Turnhalle. Nach einer Begrüßung durch die Sozialdezernentin und den Bezirksvorsteher wurde zunächst der Hammer Norden als lebendiges Modell dargestellt, indem Kinder zentrale

Punkte des Nordens verkörperten und sich entsprechend im Raum gruppierten. Danach wurden Kleingruppen gebildet, um die Wünsche und Ideen der Kinder zu sammeln und auf Früchten für einen Wunschbaum aufzuschreiben. Nach ungefähr einer Stunde war die Aufmerksamkeit der Kinder erschöpft. Bei der Rückkehr in die Turnhalle stürzten sie sich auf die Sportgeräte, tobten durcheinander und fielen über die bereitgestellten Getränke her. Die Vorstellung und Sammlung der Ergebnisse fiel aus, wurde später von den Erwachsenen allein nachgeholt und in die Gremien eingebracht. In der Reflexion wurde deutlich, dass diese Form der Partizipation in der gegebenen Situation unangebracht war, weil trotz intensiver Vorbereitung und Strukturierung des Ablaufs eine geordnete Veranstaltung nur durch eine soziale Auslese möglich geworden wäre.

Resümee:

Chancen für die freien Träger

Zusammenfassend ergeben sich folgende Thesen:

These 1

Die freien Träger haben geschichtliche Wurzeln und Erfahrungen, die das Feld der Partizipation von Kindern und Jugendlichen neu beleben und aus der modernistischen und tagesgeschäftorientierten Ecke pädagogischer Praxis herausholen können. Sie haben insbesondere in methodischer Hinsicht viel zu bieten; dazu wäre vielleicht der Blick in die eigenen Geschichtsbücher sinnvoll.

These 2

Freie Träger bieten einen sozialen Raum und positive Vorbilder für politisches und uneigennütziges Engagement. Allerdings droht dieser Raum heute zunehmend von der Tendenz, Verbände zu Wirtschaftsunternehmen zu entwickeln, okkupiert zu werden.

These 3

Freie Träger bieten vielfältige und unterschiedliche Werte- und Normensysteme. Sie bieten aufgrund ihrer unterschiedlichen Programmatik Ansatzpunkte zur Entwicklung politischer Orientierungen.

These 4

Voraussetzung ist allerdings, dass sich freie Träger wieder stärker vor Ort ins Gemeinwesen begeben und die Strukturen von Stadtteilarbeit mitentwickeln und mittragen.

These 5

Das bedeutet auch eine Ablösung von traditionellen Ansätzen politischer Jugendbildung. Lebensweltorientierte Beteiligungsprojekte im Stadtteil, die persönliche Auseinandersetzung und Begegnung mit engagierten Stadtteilpolitiker/innen, das Übernehmen von Verantwortung, immer wieder auch das Scheitern in der Durchsetzung der politischen Anliegen bedeuten eine Form politischen Lernens, die auch randständige Jugendliche erreicht.

Kontaktadresse:

Stadt Hamm - Kinderbüro -

Postfach 2449

59061 Hamm

Telefon: 02381/ 176 202

Fax: 02381/ 172 950

e-mail: Kinderbuero@Stadt.Hamm.de

Nursel Balci und Martin Schabler

„Und jetzt beteiligen wir euch!“ Erfahrungen aus dem Quartiersmanagement in Gelsenkirchen Schalke-Nord

Mit dem Projekt „Jungsein und leben in unserem Stadtteil Bismarck/ Schalke-Nord“, kurz: „Julius B.“, leistet der Bauverein Falkenjugend Gelsenkirchen e.V. als freier Träger der Jugendhilfe seit September 1996 einen aktiven Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation in dem benachteiligten Stadtteil Bismarck/ Schalke-Nord. Eine wesentliche Aufgabe der Mitarbeiter/innen besteht darin, die hier lebenden jungen Menschen zu ermutigen und zu unterstützen, aktiv an der Gestaltung ihrer Lebenswelten mitzuwirken.

Vor dem Hintergrund der praktischen Erfahrungen, die das Projektteam im Kontext der integrierten Stadteilerneuerung in Gelsenkirchen gewonnen hat, soll im Folgenden in stark gekürzter Form skizziert werden, wie und in welchen Kooperationsstrukturen sich die Beteiligung von Jugendlichen und Kindern entwickelte. Die Ausführungen beziehen sich dabei auf ein relativ kleines Teilarbeitsgebiet innerhalb des Ortsteiles Schalke-Nord, das eine enorm hohe Konzentration sozial benachteiligter und ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen verzeichnet und das unter einem besonders negativen Image leidet. Seit 1999 ist Julius B. hier mit dem Quartiersmanagement beauftragt.

1. Leben in Schalke-Nord

Die Wohnbereiche des Ortsteiles Schalke-Nord, die den Westrand des Fördergebietes bilden und in denen rund 4000 Menschen leben, sind von großflächigen Industrie- und Gewerbeflächen, weiträumigen Bergehalden und Hauptverkehrsstraßen eingeschlossen. Eine öffentliche Verkehrsanbindung an den Stadtteil Bismarck fehlt. Das Kernproblem liegt in der absolut unzulänglichen Ausstattung mit öffentlicher Infrastruktur und privaten Versorgungseinrichtungen. Zudem zerschneidet eine Bahnlinie das Gebiet in zwei kleinere Wohnquartiere. Östlich dieser räumlichen und sozialen Barriere ist fast jede/r Dritte Empfänger staatlicher Transferleistungen. Ein Drittel der Quartiersbewohner/innen ist minderjährig, mit einem Anteil von Kindern und Jugendlichen nicht-deutscher Herkunft von ca. 50 Prozent. Dabei stellt

die Mischung von dreiundzwanzig unterschiedlichen Nationalitäten, Kulturen und Sprachen auf sehr begrenztem Raum ein besonders hohes Konfliktpotenzial dar, dem angesichts fehlender Betreuungsstrukturen bislang kaum Beachtung geschenkt wurde. Darüber hinaus bestehen durch einen großen, offenen Wohnkomplex für Behinderte weitere Integrationsanforderungen an die Bewohnergruppen.

Die Verwahrlosung und Vernachlässigung öffentlicher und privater Räume sowie die mangelhafte Ausstattung der vorhandenen Spiel- und Aufenthaltsbereiche, prägen die kleinräumigen Wohnumfelder. Die wenigen sozialen Einrichtungen und Angebote – eine Grundschule, eine Sportanlage und die Arbeit der Evangelischen Kirchengemeinde – liegen außerhalb dieses Gebietes und sind zu Fuß – besonders von Kindern – nur schwer zu erreichen oder sie sind nicht stadtteilorientiert (z.B. Zentrale des Deutschen Roten Kreuzes).

2. Das Stadtteilprogramm Bismarck/ Schalke-Nord

Die Stadt Gelsenkirchen hat 1994 in Abstimmung mit der Bezirksregierung Münster ein von der Strukturkrise der Montanindustrie besonders betroffenes Teilgebiet des Stadtbezirkes Mitte in das Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ angemeldet. Mitentscheidend für die Abgrenzung größerer Teilbereiche der Ortsteile Bismarck und Schalke-Nord waren das Vorhandensein gleich mehrerer sozialer Brennpunkte in diesem Gebiet und zusätzliche Entwicklungsanforderungen an die Kommune, bedingt durch die Stilllegung des letzten noch Kohle fördernden Bergwerkes in Bismarck. Historisch gesehen bildet das Gebiet eine Einheit, aus Sicht der Bewohner/innen bezieht sich das Programm aber auf zwei eigenständige Identifikationsräume, die funktionsräumlich klar voneinander getrennt sind.

Die Aufnahme in das Landesprogramm und seit 1999 in das Bund-Länder Programm „Soziale Stadt“ ermöglicht es der Stadt Gelsenkirchen, Fördermittel zu bündeln und zur Entwicklung stabilisierender Ansätze in den Stadtteil Bismarck/ Schalke-Nord zu lenken. Grundlage hierfür ist ein Anfang 1995 in seinen Grundzügen beschlossenes integriertes Handlungskonzept, das die Bewohnerbeteiligung und die Vernetzung der Akteure auf den verschiedenen Ebenen deutlich betont. Schwerpunkte bilden die Förderung von Beschäftigung und Qualifizierung im Ortsteil in Kombination mit städtebaulichen Maßnahmen, der private Wohnungsneubau sowie die Instandsetzung und

Modernisierung von Wohnraum. Dazu kommt die Verbindung dieser Handlungsfelder mit dem Ausbau der sozialen Infrastruktur und einer bedarfsorientierten Ausstattung der Wohnquartiere mit spezifischen Beratungsangeboten und speziellen Diensten.

Die Umsetzung des Programms erfolgte unter der Federführung des Referats Stadtplanung (ehemals Stadtplanungsamt) durch den Aufbau neuer örtlicher Kommunikations- und Koordinationsstrukturen:

Als eine Diskussionsplattform für Vertreter/innen der örtlichen Interessengruppen und der Fachverwaltung und zur gemeinsamen Entwicklung von Projekten wurde der Arbeitskreis Bismarck/ Schalke-Nord eingerichtet, der sich regelmäßig in vierteljährigen Abständen trifft.

Mit dem Stadtteilbüro Bismarck/ Schalke-Nord besteht im Zentrum des Ortsteiles Bismarck seit Mai 1995 eine dezentrale Koordinierungs- und Steuerungsstelle der Verwaltung.

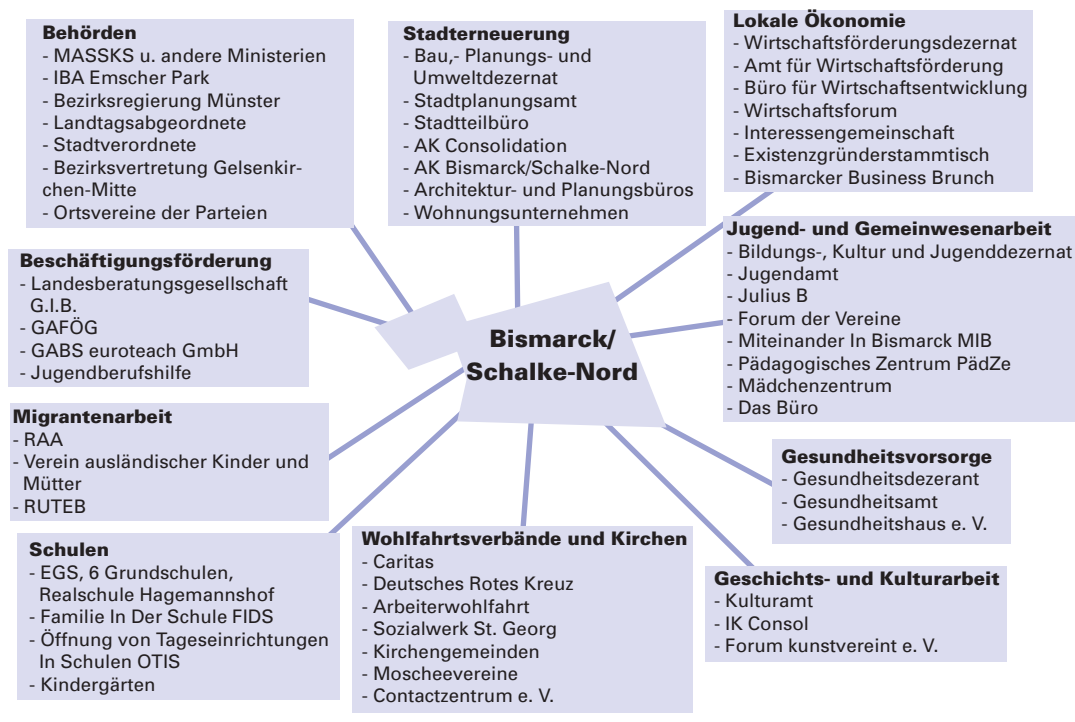
Leitprojekte des Stadtteilprogramms sind die Neuerschließung und Wiedernutzung des Zechengeländes „Consolidation“ sowie der Neubau der evangelischen Gesamtschule Bismarck. Daneben werden über das Gebiet verteilt zahlreiche kleinere Projekte und Maßnahmen gefördert, wobei die Projektstruktur unter stärkerer Berücksichtigung der Randgebiete weiter ausdifferenziert wurde.

3. Julius B. – Grundlagen der Projektarbeit

Der Ansatz des Projektes Julius B. orientiert sich an den Prinzipien stadtteilbezogener sozialer Arbeit.

- Orientierung an den Interessen, Wünschen und Problemen der Bewohner/innen: Ausgangspunkt jeglichen Handelns ist eine aufsuchende fragende Grundhaltung. Die Mitarbeiter/innen entdecken bei und mit den Betroffenen Problemstellungen und Wege, Problemlösungen zu gestalten.
- Aktivierung des Selbsthilfepotenzials: Der Ansatz versteht sich als Suchbewegung, um bei und mit den Betroffenen die Quellen aufzuspüren und zu aktivieren, die zu Problemlösungen führen können. Dabei agieren die Mitarbeiter/innen mit der Haltung „Förderung von Stärken“ und unterstützen professionell und behutsam Prozesse, die das Eigenengagement der Bewohner/innen fördern.
- Nutzung der Ressourcen im Stadtteil: Dreh- und Angelpunkt sind die personellen, infrastrukturellen und institutionellen Ressourcen des sozialen Raumes, mit denen die Lebenslage der Menschen verbessert und die Vielfalt der Stadtteilstruktur effektiv gestärkt werden können.
- Jugendliche im sozialen Kontext sehen: Die Wirkungsfläche der Projektmitarbeiter/innen ist zwar zielgruppenbezogen auf Jugendliche und Kinder hin angelegt, bezieht aber möglichst viele Menschen im Stadtteil mit ein.

Stadtteilrelevante Akteure in Bismarck/Schalke-Nord



- **Querschnittsorientierung:** Die Verbesserung der Lebenssituation schließt alle Bereiche des Stadtlebens ein und macht vor der materiellen Situation (Arbeitslosigkeit, Wohnraumqualität, Wohnumfeld, Verkehr, Freizeitanlagen, Spielflächen, etc.) der Wohnbevölkerung nicht Halt. Soziale Arbeit im Rahmen stadtteilbezogener Ansätze soll auch in diesen Themenfeldern zur Selbsthilfe anregen.
- **Koordination und Vernetzung:** Neue Aktivitäten sollen von Beginn an mit dem bestehenden Engagement im Stadtteil verbunden und die Arbeit der Institutionen untereinander vertieft werden. Hierzu werden Ideen und Anregungen, die sich aus der aufsuchenden Arbeit ergeben, in entsprechende Fachgremien getragen und Handlungen untereinander abgestimmt.

Die an diese Prinzipien gekoppelten Aufgaben der Mitarbeiter/innen bilden eine breite Schnittmenge zu der konzeptionellen und praktischen Arbeit im Stadtteilbüro. Im Verlauf der Programmaktivitäten hat sich zwischen den beiden Teams eine enge Zusammenarbeit und eine neue arbeitsteilige Struktur des Stadtteil- und Quartiersmanagements entwickelt. Der Schwerpunkt von Julius B. liegt dabei in der Entwicklung und in der praktischen Umsetzung innovativer Angebote und Projekte, über die sich speziell junge Menschen Räume erschließen können, und die Erfahrungen bei der Bewältigung von Alltagskonflikten und der Gestaltung eigener Wünsche und Ideen vermitteln.

Zur Umsetzung dieses Arbeitsansatzes ist das Projekt mit zwei Vollzeitstellen, einem flexibel einsetzbaren Programm- und Sachmitteleinsatz und zwei Büroräumen im örtlichen Jugendheim des Trägers ausgestattet. Eine wesentliche Grundlage ist, mit Blick auf die Bewohnerstruktur, die zweisprachige (deutsch-türkisch) Besetzung des Projektteams.

4. Aufbau von Beteiligungsstrukturen

Im Mittelpunkt der Projektstätigkeit im Quartier steht eine Aktivierungsstrategie, die versucht, direkt an den Themen der Betroffenen anzuknüpfen. Durch aufsuchende Arbeit wird zunächst der persönliche Kontakt zu den Bewohner/innen geknüpft, um von ihnen zu erfahren, wie sie ihre Lebenssituation einschätzen und was sie wollen. Anfänglich erfolgte die Kontaktaufnahme über Gespräche im öffentlichen Straßenraum oder durch Familienbesuche. Zugänge zu Jugendlichen entwickelten sich in der Regel über mobile Freizeitaktionen,

Ferienaktivitäten, kleinere Sportveranstaltungen oder Spielplatzfeste, aber auch über Erkundung von Spielräumen und (informellen) Treffpunkten im Außenbereich mit verschiedenen Altersgruppen.

Für bestimmte Zielgruppen oder für spezielle Themen arrangiert das Projektteam Treffen zur Vorbesprechung erforderlicher oder möglicher Maßnahmen, die mit unterschiedlichen Partnern entwickelt und umgesetzt werden. Mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie (ehemals Jugendamt) besteht eine Kooperationsvereinbarung zur Installierung besonderer Hilfen zur Erziehung, die sich je nach Bedarf auf erlebnis-, projekt- oder themen- und problemorientierte Ansätze stützen. Neben der Konzeptionierung und Begleitung dieser Gruppenmaßnahmen besteht die Arbeit in dem Aufspüren von Aktivitäten und Potenzialen in den bestehenden örtlichen Netzwerken und ihre gezielte Unterstützung und Verknüpfung mit extern verfügbaren Ressourcen.

Im Rahmen einer landesweiten Projektinitiative bildete als ein thematischer Schwerpunkt Bewegungs-, Spiel- und Sportangebote heraus. Die Förderung umfasst sowohl Aktivitäten in den Außenräumen als auch „in-door“ Sportarten, über die vor allem an den Wochenenden gezielt Jungen und Mädchen ohne Anbindung an bestehende Freizeitstrukturen angesprochen werden.

Mit dem Stadteilladen Schalke-Nord verfügt das Quartier über eine eigene Anlaufstelle, in der Informations-, Beratungs- und Vermittlungstätigkeiten gebündelt sind und die speziell hilfsbedürftigen Gruppen den Zugang zu professionellen Hilfen erleichtern sollen. Mit eigenen dezentralen Angeboten sind hier der Allgemeine Städtische Sozialdienst (ASD) und die Bezirkspolizei fest installiert. Angebotsbezogene Kooperationen bestehen zur der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher (RAA), zum Migrantenbüro und zum Büro für Wirtschaftsentwicklung. Für Kinder und Jugendliche bestehen durch Julius B. darüber hinaus offene Sprechstunden sowie zusätzliche Spielgruppen, Hausaufgabenhilfen und andere Förderkurse und Freizeitangebote, die überwiegend von Personen aus der Nachbarschaft betreut werden. Der Raum wird außerdem von mehreren selbstorganisierten Frauengruppen als Treffpunkt genutzt.

Aufgrund seiner Präsenz vor Ort und seiner Arbeit im Ortsteil wurde Julius B. als Bindeglied zwischen den Bewohner/innen, den Einrichtungen, den sozialen Diensten und dem Stadtteilbüro mit dem Quartiersmanagement beauftragt. Dabei geht es zum einen darum, im Quartier über das laufende Programm und Pro-

jekte zu informieren, zum anderen verfolgt die Arbeit das Ziel, die Quartierspolitik und die Fachplanungen besser aufeinander abzustimmen und enger mit der Stadtteilarbeit zu verknüpfen.

Mit dem Arbeitskreis Schalke-Nord ist ein eigenes Gremium für die in den Einrichtungen und Organisationen des Quartiers tätigen Fachkräfte und der Ortsteils- und Bezirkspolitik geschaffen worden, das der regelmäßigen Besprechung aktueller Themen sowie der Beratung gemeinsamer Lösungsansätze mit Vertreter/inne/n aus der Fachverwaltung dient. Über den Arbeitskreis werden Projekte und konkrete Maßnahmen angeregt und erarbeitet, wobei kinder- und jugendrelevante Anliegen inzwischen einen breiten Raum einnehmen. Zurzeit wird beispielsweise als ein Baustein dezentraler vernetzter Freizeitstrukturen ein neues Konzept zur erweiterten Nutzung des Jugendkellers der Evangelischen Kirche entwickelt. Ein weiteres Projekt in Vorbereitung ist die Erarbeitung eines Schulwegeplanes mit Kindern und ihren Eltern zur Verbesserung der Verkehrssicherheit unter Beteiligung des Kinderbeauftragten der Stadt, der Grundschule und der Kindergärten.

Über den Verwaltungsvorstand ist auf Initiative des Quartiersmanagements und des Stadtteilbüros eine Fach AG eingerichtet worden. Diese hat den Auftrag, über den Zeitraum der Programmförderung hinaus im Rahmen der kommunalen Jugend- und Sozialplanung Perspektiven für die finanzielle Absicherung der Projektansätze zu beschreiben und eine zwischen den Fachbereichen abgestimmte Strategie zur Stabilisierung der Entwicklungsansätze zu formulieren.

„Und jetzt beteiligen wir uns.“ – Beispiele aus der Arbeit im Quartier

Beispiel 1: Sanierung und Umgestaltung eines Bolzplatzes

Anlass für das Sanierungsprojekt war die Schließung des Jugendkellers der Evangelischen Kirchengemeinde als offener Jugendtreff, über den vorwiegend türkische Jungen angesprochen wurden. Dieser Gruppe wurde angeboten, sich zu festen Zeiten weiterzutreffen. Die Vereinbarung mit den Jugendlichen sah vor, an anderen Orten nach Alternativen für die gemeinschaftliche Freizeitgestaltung zu suchen und hierzu in Kleinprojekten eigene Ideen zu erarbeiten.

Der Mangel an adäquaten Innenräumen führte in der Gruppenarbeit zu einer Bestandsaufnahme der vorhandenen, auch von Jugendlichen genutzten Freizeitflächen im Außenbe-

reich. Dabei wurden insbesondere zwei Spielflächen in der Josefinenstraße zur Neuplanung und -gestaltung vorgeschlagen, darunter ein von allen Altersgruppen stark frequentierter, öffentlicher Bolzplatz. In einem Zeitraum von vier Wochen beschäftigten sich die Jugendlichen mit einem auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen „Sanierungskonzept“. In mehreren Arbeitsschritten wurde der marode Zustand der Anlage schriftlich und durch Fotos dokumentiert, eine Mängelliste erstellt sowie verschiedene Gestaltungsmaßnahmen beschrieben und begründet. Zum Abschluss dieser Aktion sammelte die Gruppe Unterschriften bei anderen Jugendlichen und Kindern, um dem Wunsch nach einer Sanierung Nachdruck zu verleihen.

Die Sanierung erfolgte in zwei Schritten. Zur Demonstration zeitnaher Veränderungen wurde in den Sommerferien eine Selbsthilfeeaktion mit einfachen Renovierungsarbeiten durch das Projekt organisiert, an der sich 87 Kinder und jüngere Jugendliche beteiligten. Hierbei äußerten die kleineren Jungs und die Mädchen eigene Nutzungsansprüche und den Wunsch nach einer Erweiterung des Spielangebotes. Die Aufnahme der Anlage in ein Programm zur Umgestaltung öffentlicher Spielflächen ermöglichte den vollständigen Umbau durch die Stadt Gelsenkirchen. Die Planung orientierte sich weitgehend an den über die Aktionen ermittelten Vorschlägen der Jugendlichen und Kinder. Sie berücksichtigte aber auch das Anliegen der direkten Anwohner/innen, den Lärmpegel zu reduzieren. Im Rahmen einer weiteren Aktion, in der drei unterschiedliche Gestaltungsvarianten vorgestellt und mit Hilfe mobiler Sportgeräte durchgespielt wurden, entschieden sich die Nutzer/innen mehrheitlich für eine Kombination aus Bolz- und Streetballanlage.

Allerdings berücksichtigte dieser Kompromiss weniger die Anliegen der ursprünglichen Initiatoren als die Forderung schwächerer Gruppen nach gleichberechtigten Spielbedingungen, die erst in einer späteren Phase der Arbeit ins Blickfeld rückten. Daher hat die Maßnahme letztlich eher zu einer Verstärkung der Nutzungskonflikte zwischen den Interessengruppen geführt.

Beispiel 2: Erschließung einer öffentlichen Grünfläche mit neuen Spielbereichen

Hier soll die Entwicklung einer öffentlichen Grünfläche mit Spielbereich in unmittelbarer Nähe zum Bolzplatz vorgestellt werden. Bei dem Gelände handelt es sich um eine 4590 Quadratmeter große, von der Stadt angekaufte, zuletzt stark verwilderte und ungepflegte Wohnblockinnenfläche, die zum Abbau des

Freiflächendefizits in Schalke-Nord möglichst naturnah umgestaltet werden soll, und zwar unter aktiver Mitwirkung aller potenziellen Nutzergruppen. Hierzu werden seit Planungsbeginn von Seiten des Quartiersmanagements in Zusammenarbeit mit einem externen Planungsbüro für die verschiedenen Altersgruppen immer wieder Beteiligungsaktionen organisiert.

Trotz eines objektiven Flächenbedarfs und dem Wunsch in der Nachbarschaft nach verbesserten Spiel- und Freizeitstrukturen lehnten zahlreiche Bewohner/innen die Maßnahme bei ihrer Ankündigung eher ab. Aussagen wie: „Da werden Perlen vor die Säue geworfen“ oder „Das Geld könnt ihr euch sparen“ spiegelten das Stimmungsbild wider und waren angesichts ständiger Verunreinigungen und wiederholter Beschädigungen neu gestalteter privater Hofflächen im Wohnumfeld durchaus verständlich.

Durch Handzettel und persönliche Haustürgespräche wurde deshalb sehr intensiv auf die im Herbst 2000 geplanten Angebote zur Planungsbeteiligung aufmerksam gemacht. An den Aktionen für Kinder und Jugendliche beteiligten sich pro Tag ca. 40 Mädchen und Jungen. Ihnen bot sich die Möglichkeit, durch Fotostreifzüge und Spielreportagen zu untersuchen, wie sich die Spielsituation und Spielraumqualität im Wohnumfeld darstellt. Die dabei entstandenen Bilder, Kommentare und persönlichen Bewertungen wurden in einer eintägigen „Schnibbelwerkstatt“ gemeinsam aufgearbeitet. Sie bildeten einen wertvollen Erfahrungshintergrund, auf dem die Werkstätten zur Modellentwicklung aufbauen konnten.

Die so produzierten Vorstellungen über die Flächenaufteilung, die einzuplanenden Nutzungsbereiche und die gewünschten Spielelemente übersetzte das Planungsbüro in einen Entwurf, der in zwei gemeinsamen Versammlungen mit Vertreter/innen der örtlichen Politik und der zuständigen Verwaltungsbereiche der Stadt eingehend diskutiert wurde. Für den anschließenden Entscheidungsprozess war maßgeblich, dass die beteiligten Kinder nicht nur Wünsche über Spielflächen und -geräte formuliert hatten, sondern auch bereit und in der Lage waren, sich auf das Machbare und eine gemeinsame Prioritätenliste zu verständigen.

Das Planungskonzept, das in den politischen Gremien uneingeschränkte Zustimmung fand, sieht separate Aufenthalts- und Spielzonen für Kleinkinder, Kinder und Jugendliche vor sowie ein „großes Grün“ als Bereich für gemeinschaftliche Aktivitäten. Auf Vorschlag der Erwachsenen ließ das Konzept die Möglichkeit des nachträglichen Einbaus eines Bewohnerpavillons offen, der für eigenständige oder

pädagogisch betreute Gruppenaktivitäten genutzt und einen Anreiz zur Beaufsichtigung der Fläche schaffen soll.

Nach einem Jahr des Planungsvorlaufes und der Entscheidungsfindung durch eine öffentliche Maßnahme der Jugendberufshilfe begann der Umbau im Herbst 2001. Der Bauprozess wird durch regelmäßige Projektbesprechungen mit allen professionellen Akteuren begleitet und abgestimmt. Die Organisation von Beteiligung in der Bauphase – ein in Gelsenkirchen noch neues Lernfeld – nimmt hierbei einen recht großen Raum ein. Der Baubeginn wurde mit einer viertägigen Ferienaktion verbunden, in der Kinder und Jugendliche eingeladen waren, zusammen mit den Arbeitern die Baustelle zu erkunden und einzurichten, die Fläche einzumessen und abzustecken und einen Schilderwald aufzustellen, auf dem Eltern, Nachbarn und Vertreter/innen der Politik die Bauabschnitte praktisch erläutert wurden.

Aufgrund der positiven Erfahrungen bei allen Beteiligten werden nach Abschluss der schweren Bodenarbeiten Jugendliche und Kinder in ihren Bereichen regelmäßig an eigenen Bauaktionen mitwirken können.

Durch die aktive Beteiligung und die regelmäßige Information der Bewohner/innen über den aktuellen Stand der Maßnahme hat sich Stimmungsbild in den vergangenen eineinhalb Jahren zum Positiven gewandelt. Die Arbeit auf der für die Bewohner/innen jetzt gut einsehbar und sauberen Fläche wird ständig von neugierigen Kindern und anderen interessierten Zaungästen begleitet und verlief bislang ohne Störfälle.

Beispiel 3: Freizeitplanung mit einer Jugendclique

In einer Nachbarschaft, die geprägt ist durch einen offenen Wohnkomplex für Behinderte und eine angrenzende Wohnstraße, wurden mit den Bewohner/innen Maßnahmen zur Gestaltung der Haus- und Hofflächen und der Verkehrsberuhigung abgestimmt und durchgeführt. Den hier lebenden Kindern bieten die Privatgärten und neu geordneten Hinterhöfe noch einige Schlupfwinkel. Anders stellt sich die Situation für Jugendliche dar, deren Anwesenheit und Aktivitäten besonders von den älteren Nachbarn als störend empfunden werden. Ersatzräume fehlen oder sind durch rivalisierende – „türkische“ – Jugendcliquen besetzt.

In Gesprächen mit den Jungen und Mädchen und deren Eltern wurde immer wieder auf das Fehlen eines offenen Jugendtreffs hingewiesen und ein entsprechendes Angebot in der Umgebung gefordert. Dieser Wunsch bildet den roten Faden für verschiedene mobile und örtliche Ak-

tivitäten, die seit einem halben Jahr von Julius B. mit dem Ziel unterstützt werden, die Clique bei einer selbstorganisierten Freizeitgestaltung zu qualifizieren. Die Jugendlichen erhalten regelmäßige Hilfestellungen durch Informationen über Veranstaltungen, Ausflugsziele, Freizeitangebote im gesamten Ruhrgebiet und über Gruppeninitiativen am Ort wie z.B. die Einrichtung einer Fahrradwerkstatt. Dazu betreut das Projektteam die Gruppe bei der Planung eines eigenen kleinen Treffpunktes. Ihr Vorschlag hierfür ist, auf dem Gelände des Sozialwerks eine Bolzwiese herzurichten und einen offenen Unterstand zu bauen. Bei der Vorstellung ihres Anliegens ist den Jugendlichen eine Unterstützung bei der Realisierung zugesagt worden. Der Träger hat daraufhin eine interne Planungsgruppe einberufen, die zurzeit mit dem Quartiersmanagement über die Rahmenbedingungen verhandelt.

Ein kurzes Fazit

In benachteiligten Stadtteilen sind Kinder und Jugendliche mehr noch als andere Gruppen auf viele kleinere, sehr einfach gestrickte Maßnahmen angewiesen, um gestaltend aktiv zu sein. Diese vielfältigen Aktivitäten erfüllen den besonders von Jugendlichen als trostlos und langweilig empfundenen Alltag mit Leben und bilden das Fundament, in dem staatliche Programme und Projekte verankert und unter Beteiligung der Bewohner/innen ausgestaltet werden können. Die Herausforderung an die professionellen Akteure der Stadtteilarbeit und des Quartiersmanagements besteht darin, im direkten Kontakt mit den betroffenen Gruppen – also auch mit den Kindern und Jugendlichen – und mit dem Wissen über die im Quartier verfügbaren Potenziale und Ressourcen angemessene Formen der Aktivierung und Beteiligung (neu) zu entdecken.

Kontaktadresse:

Bauverein Falkenjugend
Greitenstieg 4
45889 Gelsenkirchen
0209-899266
juliusb@aol.com

Matthias Loerke und Bernhard Wittke

Wie gelingt es, benachteiligte Kinder und Jugendliche zu beteiligen, die nicht in Verbänden oder Freizeiteinrichtungen integriert sind? – Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in einer Trendsportart

Einleitende Überlegungen

Was ist Partizipation?

... die aktive Teilnahme an Entscheidungsprozessen mit dem Ziel ihrer Beeinflussung im Sinne der eigenen Interessen und Bedürfnissen und der Teilhabe an ihrem „Nutzen“;

... die Befriedigung von Bedürfnissen durch die aktive Teilnahme innerhalb des sozialen Raumes;

... Partizipation setzt zunächst an alltäglichen Interessen und Bedürfnissen an.

Jugendsozialarbeit

ist nach § 13 Kinderjugendhilfegesetz „... Hilfe für junge Menschen mit sozialen Benachteiligungen oder individuellen Beeinträchtigungen (erheblicher Ermessensspielraum).“

Soziale Benachteiligungen werden dabei definiert als :

- durch das soziale Umfeld bedingte Benachteiligungen,
- ökonomisch bedingte Benachteiligungen,
- familiär bedingte Benachteiligungen,
- bildungsbedingte Benachteiligungen,
- geschlechtsspezifisch bedingte Benachteiligungen,
- ethnisch bedingte Benachteiligungen.

Individuelle Beeinträchtigungen werden definiert als:

- Lernbeeinträchtigungen, Lernstörungen, Lernschwächen,
- Leistungsbeeinträchtigungen, Leistungsstörungen, Leistungsschwächen,
- Entwicklungsbeeinträchtigungen,
- psychisch, körperlich und/oder seelisch bedingte Beeinträchtigungen.

(Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit – Jugendaufbauwerk (BAG/ JAW))

Das Ziel von Jugendsozialarbeit ist es, diese Benachteiligungen auszugleichen. Dabei konzentriert sich die pädagogische Arbeit auf die Bereiche Schule, Ausbildung, Berufsleben, sie

setzt klassischerweise im sozialen Umfeld der benachteiligten Kinder und Jugendlichen an. Jugendsozialarbeit wendet sich also nicht an alle Jugendlichen und grenzt sich durch die spezifische Zielgruppe zumindest teilweise von der Jugendarbeit ab. Beiden Ansätzen gemeinsam ist jedoch das Ziel der sozialen Integration von Jugendlichen in die Gesellschaft.

Das Projekt „Körbe gegen Gewalt“

Im Rahmen des Projektes „Körbe gegen Gewalt“ wurden im Land Sachsen-Anhalt sechs- und zwanzig stationäre Streetbasketball-Anlagen installiert. Ländliche Gegenden und soziale Brennpunkte in Städten ebenso wie Schulen, Freizeiteinrichtungen und Sportvereine wurden im Sinne der Nachhaltigkeit und der Erweiterung von Freizeitangeboten in die Vergabe mit einbezogen. Zusammen mit den Kooperationspartnern ist es der Sportjugend Sachsen-Anhalt gelungen, mit dem Projekt einen praktischen Beitrag zur Gewaltprävention und sinnvollen Freizeitgestaltung von Jugendlichen zu leisten. Von entscheidender Bedeutung für die Realisation des Projekts waren die Kreativität und Unbefangenheit der Partner, die sich durch die Begeisterung der Jugendlichen inspirieren ließen und sich am Projekt beteiligten.

Im Endresultat wurden 7 Schulen, 6 Jugendclubs, 5 Sportvereine, 4 freie Träger, 3 Gemeinden und 1 Freizeiteinrichtung aus insgesamt neunzehn Kreisen in Sachsen-Anhalt in das Projekt „Körbe gegen Gewalt“ einbezogen und mit stationären Streetbasketball-Anlagen ausgestattet. Nur drei Anträgen konnte leider keine Zusage erteilt werden.

Die vorliegenden Daten zeigen die Vielfalt der Ideen bei der Gestaltung der Spielflächen und Anlagen. Hervorzuheben sind die Eigeninitiativen, die sich so unterschiedlichen Themen wie der Auswahl der Standorte, der Einbeziehung der Jugendlichen, der Erstellung und Pflege der Flächen und der Gewinnung von Förderern und Sponsoren für die Bereitstellung von zusätzlichen Materialien und Finanzen widmeten.

In kleinen Gemeinden gelang es, die Jugendlichen zu begeistern, sie zum Mitmachen anzuregen und sportlich an Orten etwas auf die Beine zu stellen, wo „sonst nichts los ist“. Die aufgeführten Aktivitäten und Initiativen in allen Regionen des Bundeslandes Sachsen-Anhalt veranschaulichen die Breite der hier geleisteten Jugendarbeit. Ebenso weist die Teilnahme von sehr unterschiedlichen Einrichtungen darauf hin, dass hier ein breites Spektrum von Jugendlichen in das Projekt einbezogen wurde.

Zwei Erfahrungen sind von besonderer Bedeutung: Zum einen hatten die Jugendlichen

durch die Mitbestimmung und Mitgestaltung des Projektes die Möglichkeit, eigene Vorstellungen konkret zu realisieren. Zum anderen erhielten die Jugendlichen durch die lokale Anbindung des Projekts die Chance, in ihrer Erlebniswelt Begegnungen zu machen, Kontakte zu knüpfen und Meinungsaustausch zu gestalten.

Durch die Sportjugend wird der Kontakt zu den Antragstellern weiter bestehen bleiben, aktuelle Informationen zum Realisierungsstand der Standorte werden dort zusammengetragen bzw. Erfahrungen für die weitere Zusammenarbeit weiterhin gesammelt werden.

1. Ausgangspunkt und Zielsetzungen

In Sachsen-Anhalt leben rund 2,6 Millionen Einwohner/innen – 717.000 davon sind Kinder und Jugendliche im Alter bis 26 Jahre. Von diesen Jugendlichen leben sehr viele in den Ballungszentren, u.a. in Halle, Magdeburg und Dessau. Etwa 20 Prozent der Jugendlichen leben in Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohner/innen, die in der Regel kaum Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung bieten.

Diese Situation veranlasste die Sportjugend Sachsen-Anhalt, in den letzten Jahren mit mobilen Projekten aktiv zu werden und sich den Herausforderungen einer sportbezogenen Jugendarbeit zu stellen. Mit dem Trendsport-Projekt zur Jugendkommunikation und Jugendanimation „Streetball“ entwickelte sich die Sportjugend zu einer Institution, die die Sport-, Bewegungs- und Jugendkultur in Sachsen-Anhalt mitträgt und mitgestaltet. Verwirklicht wurden mit diesem Projekt ein ganzjähriges Engagement in der offenen Jugendarbeit, das von der Organisation der Streetball-Nights bis zu umfangreichen Serviceleistungen (einschließlich logistischer Hilfe) reicht.

Das Projekt „Körbe gegen Gewalt“ wurde einerseits zur Gewaltprävention und sinnvollen Freizeitgestaltung für Jugendliche, andererseits zur Gesundheitsförderung entwickelt. Ziel war die Installation von stationären Streetball-Anlagen, wodurch Sport- und Spiel-, Bewegungs- und Freizeiträume geschaffen und entsprechende Angebote für Kinder und Jugendliche ins Leben gerufen werden sollten. In Kooperation mit den Kreis- und Stadtsportjugenden, Jugendeinrichtungen und Schulen galt es Partner für diese Initiative zu gewinnen, die Interessen der Kinder und Jugendlichen zu berücksichtigen und ihre Partizipation zu fördern.

Zuerst und vor allem war das Ziel des Projektes die Aktivierung von jungen Menschen zum Streetbasketball-Spielen, bzw. allgemein zur sportlichen Betätigung. Dabei war die Ziel-

gruppe die bisher nicht aktiven Jugendlichen, die zum Streetbasketball-Spielen motiviert und in Sportgruppen integriert werden sollten.

Dabei sollten die (sportlichen) Möglichkeiten von öffentlichen Plätzen, Anlagen und Einrichtungen zur Ausgestaltung eines für alle zugänglichen Freiplatzes ausgeschöpft werden. Teil des Projektes war die Betreuung der Streetbasketball-Anlagen durch vorhandenes Personal und/oder ehrenamtlich Engagierte, die die sportliche Nutzung der Anlagen sicherstellte.

Vorrangig in ländlichen Gegenden, aber auch in sozialen Brennpunkten in den Städten, sollte durch das Projekt mit Sport, Spiel und Bewegung zum Abbau von Aggressionen beigetragen und damit ein Beitrag zur Gewaltprävention geleistet werden.

2. „Maßnahme gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ – politische Inhalte der Streetball-Tour

Im Rahmen der Streetball-Tour 2001 wurden lokale Projekte begleitet und kommunales Engagement für Kinder und Jugendliche gefördert. Ebenso konnte aufgezeigt werden, wie junge Menschen sich vor Ort engagieren und gegen Gewalt und Rechtsextremismus auftreten können.

Streetball-Spiele finden ohne Schiedsrichter statt und fördern damit Einfühlsamkeit und Verständnis für das Verhalten anderer. Das Spiel ohne Trainer und Lehrer unterstützt Eigeninitiative, Selbstbestimmung und Entscheidungsfreiheit. Jugendliche erlernen trotz Konkurrenz und Rivalität im sportlichen Wettkampf friedfertige Strategien der Konfliktregelung, jugendliche Aggressionspotenziale können in sportliche Aktivität umgewandelt und kompensiert werden. Durch kommunikative und kooperative Aktivitäten kann die sportliche Freizeitgestaltung Erfolgserlebnisse, Bestätigung, Selbstachtung, Selbstwert und Identität vermitteln. Die im Sport geltenden Regeln wie Fairness, Chancengleichheit, Nichtdiskriminierung und Multikulturalität sind beim Streetball von hoher Bedeutung und arbeiten so rassistischen Vorurteilen und jugendlicher Gewaltbereitschaft gegen Migrant/innen entgegen.

Das Projekt „Körbe gegen Gewalt“ wurde in die Streetball-Tour eingebunden. Es konnte an eine große Zahl von Kontakten angeknüpft werden, die im Projekt „Körbe gegen Gewalt“ weiterentwickelt und zu Netzwerken ausgebaut wurden. So konnte ein gezielter, nachhaltiger Beitrag zur Gewaltprävention bei Jugendlichen geleistet und fortgeführt werden.

3. Umsetzung des Projekts „Körbe gegen Gewalt“

In einer ersten Phase wurde das Projekt auf Landesebene vorgestellt, um so auf breiter Ebene Kooperationspartnern zu gewinnen. Es wurde eine Informationsmappe zur Hilfe und Selbsthilfe erarbeitet. Es zeichnete sich eine überraschend hohe Beteiligung und ein großes Engagement für die Umsetzung des Projektes ab, was in diesem Umfang vorher nicht abzu-sehen war.

In der zweiten Phase wurde das Projekt in den Medien bekannt gemacht. Das Interesse an dem Projekt war unerwartet hoch, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit spiegelt dieses Interesse wieder und zeigt die Aufmerksamkeit, mit der die örtlichen Belange der Jugendlichen unterstützt wurden. Die Anlagen und Ausstattung der Streetball-Anlagen wurden beschafft, Informationsmaterialien (Flyer etc.) erstellt.

In Phase 3 wurde das Projekt auf Kreisebene umgesetzt. Die Öffentlichkeit wurde weiterhin über Anliegen, Förderer und Realisierung des Projekts informiert. Die erste Vorstellung in der Presse, die öffentliche, symbolische Übergabe der Streetball-Anlagen durch Sportministerin Kuppe am 11. Juni 2001 in Magdeburg, die Übernahme der Anlagen durch die Nutzer/innen – das Projekt „Körbe gegen Gewalt“ wurde stets mit großem öffentlichen Interesse verfolgt. In allen Regionen wurden lokale Veranstaltungen zur öffentlichen Übergabe der Streetball-Anlagen initiiert und organisiert.

Organisation

- Die örtlicher Veranstalter des Projekts „Körbe gegen Gewalt“ sind lokale Gruppen der Sportjugend, Schulen, Sportvereine, Jugendeinrichtungen und Kommunen. In den lokalen Veranstaltungsteams arbeiten Mitarbeiter/innen von „Jugend für Jugend“, Teilnehmer/innen im Freiwilligen Sozialen Jahr und ehrenamtliche Schüler/innen, Auszubildende und Student/inn/en.
- Aufgaben des Trägers des regionalen Projekts: Antragstellung mit Begründung und rechtlicher Klärung zur Installation einer Korbanlage und deren nachfolgender Betreuung, der Einbau und Abnahme der Anlage nach baurechtlichen Vorgaben.
- Kontaktaufnahme: Der Kontakt zu den Jugendlichen wurde über verschiedene Wege aufgenommen. In manchen Gemeinden erfolgte er über die Gliederungen des Landessportbundes, der Sportjugend, Schulen, Vereine und kommunalen Verwaltungen, in anderen über ein mobiles „Streetball-Projekt“. Hier gingen Mitarbeiter/innen des Projekts an Orte, wo Jugendlichen sich auf-

halten, so dass eine schnelle, niedrigschwellige Kontaktaufnahme stattfinden konnte. Im lokalen Projekt wurden Flyer, Plakate und Teamkarten (als Anmeldung) zur Verfügung gestellt, es wurde eine Teamdatei (Email- und Briefversand) aufgebaut. Informationen zur Streetball-Tour wurden in einem Terminblatt veröffentlicht, ein Streetball-Kalender des DBB, BVSA und LSB/ SJ wurde ins Internet gestellt, in dem Termine und Orte der Tour gelistet waren. Und die Jugendliche erfuhren von dem Projekt durch Mund-zu-Mund-Propaganda.

- Eventgestaltung: Im Rahmen des Projekts wurden u.a. Stadtfeste, Kinder- und Jugendspiele, Trendsportevents - Streetball-Turniere, Night Events und Schulfeste in Kooperation von Schule und Verein veranstaltet (s. Anhang A).
- Kooperation- und Vernetzungsformen: Für die Streetball-Tour und das Projekt „Körbe gegen Gewalt“ wurde breit für Partner geworben. Regionale Zeitungen und die Landes- und Kreisseiten überregionaler Blätter brachten Vorankündigungen und Nachbetrachtungen der Projekte, Radiosender, der Landessportbund in Kooperation mit dem MDR (Power Street Tour) sorgten für ein reges Medieninteresse. Für die Durchführung der Streetball-Events wurden große Sponsoren (Coca Cola, AOK) gewonnen, ebenfalls waren lokale Baumärkte und Einkaufscenter Träger von Veranstaltungen. Gemeinsam wurden attraktive Rahmenprogramme mit DJ-Contests, Cheerleaders, Akrobatik und Tanz auf die Beine gestellt. Das Projekt „Integration durch Sport“ – Sport mit Aussiedlern – und die GO SPORTS TOUR der Sportjugend Niedersachsen sind Partner von „Körbe gegen Gewalt“. Das Projekt nahm beim Sachsen-Anhalt-Tag und beim Jugendhilfetag mit eigenen Streetball-Veranstaltungen teil.

4. Erfahrungen und erste Ergebnisse

„Körbe gegen Gewalt“

Deutlich lässt sich am Projekt darstellen, wie sich das Freizeitverhalten von Jugendlichen in den letzten Jahren verändert hat. Viele haben Interesse an sportlicher Betätigung, sie treiben im lockeren Rahmen gerne Sport, der zum Ziel gemeinsamen Spaß mit Freund/innen und nicht primär Leistung hat.

Mit den Streetball-Points wurden hier offene Angebote geschaffen, Jugendliche haben die Eigeninitiative ergriffen, sich Partner gesucht und stationäre Streetbasketball-Anlagen eingerichtet. Die Anlagen können von den Jugendli-

chen in ihrem angestammten Wohnumfeld genutzt werden, es wurden zum Teil vernachlässigte Lebensräume als Freizeit- und Spielräume zurückgewonnen. In Kooperation mit lokalen Partnern wurden Spielgelegenheiten auf Bolzplätzen, Schulhöfen und in Freizeittreffs geschaffen, die früher erlebnis- und kontaktarme Wohngebiete bereichern, der Langeweile und „Rumhängen“ von Jugendlichen begegnen, wodurch letztendlich auch Gewaltaktionen aus „Frustration“ entgegengesteuert wird. Die Jugendlichen engagieren sich zum Teil beim Aufbau und der „Betreuung“ der Streetball-Anlagen und richten eigene Events aus.

Streetballtour

Die Streetball-Tour hat sich als geeignetes Projekt zur Gewaltprävention bei Jugendlichen gezeigt. Wie schon oben dargelegt, eignet sich Streetball als Trendsportart zur Einübung von demokratischem Verhalten und Toleranz (s. 2). Darüber hinaus wurden die Teams bei der Spielplanung, der Festlegung der Spielzeit und bei der Gestaltung der Spielsysteme aktiv beteiligt.

Als Vorteil erwies sich, dass die freie Gestaltung der Spielsysteme (keine Einteilung nach Leistungsklassen) viele Varianten von Teambildungen zulässt, so dass sich z.B. Teams aus Aktiven, Nichtaktiven, Mädchen, Jungen, Schulteam, Straßenteams, Cliquenteams, Szeneteams etc. bilden konnten. Die Austragung der Turniere über einen Zeitraum von drei Stunden und die lockere Atmosphäre der Durchführung ließ genügend Spielraum für eine Kommunikation der Spieler/innen untereinander, mit anderen Teams, sowie mit den Teamern des Streetballprojekts.

An den Veranstaltungen nahm immer eine Mischung aus aktiven, organisierten Spielern und Nichtorganisierten teil. Veranstaltungen im Rahmenprogramm boten Möglichkeiten zu Mitmachen für Unentschlossene. Jugendliche und Fans konnten sich z.B. beim Shoot-out Zielwerfen als Einzelspieler beweisen. Den Eventcharakter der Tour betonte besonders das Mitreisen von Tourfreaks, die bei verschiedenen lokalen Turnieren immer wieder auftauchten.

Fazit: Schwierigkeiten und positive Ansätze

Schwierigkeiten bei der Organisation und Durchführung von „Körbe gegen Gewalt“ waren zum einen auf Informationsdefizite von Veranstaltern und Jugendlichen zurückzuführen. Manchmal war der Planungszeitraum falsch eingeschätzt worden, es fehlte an genügend zeitlichem Vorlauf und an Netzwerken,

Partner und Sponsoren konnte nicht interessiert und gewonnen werden.

Zum anderen ließen finanzielle Probleme der Partner, aber auch zeitlich begrenzte Arbeitsstellen und Arbeitsplatzwechsel bei den Projektveranstaltern anfängliches Engagement im Sande verlaufen. Auf Seiten der Jugendlichen kam es manchmal zu einer „negativen Gruppendynamik“, wo sich eine ganze Jugendszene dem Projekt verweigerte. Ursachen für ein allgemeineres Desinteresse von manchen Kindern und Jugendlichen müssen noch diskutiert werden. Deutlich ist, dass die Dauer vom Start des Projektes bis zur konkreten Aufstellung der Anlagen einen bestimmten Zeitraum nicht überschreiten darf, weil die Jugendlichen sonst die (positiven) Ergebnisse ihres Engagements nicht mehr bewusst erleben und frustriert werden.

Als Aufgabe für die Zukunft sollen verstärkt Mädchen in die Arbeit mit Trendsportarten einbezogen werden. Weitere Problemfelder zeigen sich an der Wahl von neonazistischen Teamnamen, s. Anhang C, und im Umgang mit Unstimmigkeiten in der Regelauslegung und persönlichen Verfehlungen der Jugendlichen.

Mit der Streetball-Tour ist es gut gelungen, verschiedene Formen der Partizipation von Jugendlichen anzuwenden und dabei die E&C-Gebiete mit einzubeziehen. Mit Streetball als niederschwelligem Freizeitangebot werden oft Wünsche und Interessen der Jugendlichen erfüllt, die einem „coolen“ Freizeitverhalten entsprechen und als Ausgleich zu anderen Sportarten dienen. Dies zeigt sich deutlich in der Tatsache, dass ca. 50 Prozent der Teilnehmer/innen „Nichtorganisierte“ sind. Besonders sind die Events hervorzuheben, die den Teilnehmer/innen neues Selbstwertgefühl bringen, Disziplin und Respekt erfordern und zum weiteren Mitmachen anspornen.

Im Streetball müssen sich die Mannschaften bei Fouls oder brenzlichen Situationen selbst über die Regelauslegung einigen. Die Jugendlichen üben, wie es ist, eigene Regeln aufzustellen und einzuhalten, sie praktizieren „Fair play“ und handeln nach dem Ehrenkodex „Ich respektiere dich, du respektierst mich“. Durch den offenen Umgang mit den Teilnehmer/innen von Seiten der Veranstalter und durch ihre Einbeziehung in das Projekt kommt es nur selten zu gewalttätigen Auseinandersetzungen oder unfairem Verhalten. Dabei zeigt sich, dass Bestrafungen nur Aggression erzeugen.

Mit dem Projekt „Körbe gegen Gewalt“ sind im Jahr 2001 im Sinne der Nachhaltigkeit sechszwanzig Streetbasketball-Anlagen in städtischen sozialen Brennpunkten und ländlichen Gegenden Sachsen-Anhalts an Vereine, Schulen, Jugendklubs und freie Träger übergeben

worden. Die Bedeutung von Netzwerken und Partnerschaften zu den örtlichen Veranstaltern soll hier noch einmal hervorgehoben werden. In den Kommunen und Quartieren entwickeln sich in den bereits bestehenden Netzwerken Traditionen, mehrjährige Veranstaltungen werden geplant, die Veranstalter treten öffentlichkeitswirksam im lokalen Geschehen auf. Dies hat Auswirkungen auf die Sportvereine, die inzwischen auch ständige, am Vorbild von „Körbe gegen Gewalt“ angelehnte Angebote für Jugendliche ausarbeiten.

Anhänge – Informationen, Statistiken

Anhang A.

Aktivitäten der Streetballtour in den E&C-Gebieten 2001

Ort	Veranstaltung	lokaler Träger
Stendal	30 Jahre Stadtsee	Stadtverwaltung
	Streetball-Nacht	Stadtverwaltung
Dessau	Multikulturelle Woche	Eine Welt Verein
	Schulfestwoche	Sek. Schule
Magdeburg	Streetball im Elbauenpark	Management
	Streetball-Veranstaltung	Schulförderverein
Sangerhausen	Streetball-Veranstaltung	Sportjugend
Wittenberg	Jugendbegegnung	Katholische Jugend
	Streetball-Nacht	Sportjugend
Halle	Streetball-Veranstaltungen	Centermanagement
	Halle Event	BC 96
	Grundschulsportfest	Sportjugend
	Laternenfest	Stadtverwaltung
Wolfen	Streetball-Veranstaltung	BVSA
	Schnupperturnier	BVSA
Ländl. Gegend Altmark-Salzwedel	Streetball-Veranstaltung	Kreissportbund Bitterfeld
	Streetball-Veranstaltung	Kreissportbund Bitterfeld
Arendsee Kalbe/Milde	Streetball-Ferienaktion	FEZ
	Streetball-Veranstaltung	AWO - Tagesgruppe

Anhang B.

Sportaktivitätenpräferenzen außerhalb des Vereins (Angaben in %)

Top Ten

1	Fußball	24,6
2	Radsport	13,3
3	Schwimmen	11,4
4	Inlineskaten/ Skateboarden	10,8
5	Joggen	9,1
6	Reiten	6,6
7	Basketball/ Streetball	6,0
8	Volleyball/ Beachvolleyball	2,9
9	Tischtennis	2,7
10	Badminton	2,5

(Quelle: Brettschneider „Jugendarbeit im Sportverein“)

Anhang C.

Identitätsfindung über Teamnamen

„Wir verlieren ja eh“

Stendaler Samariter

Saaleparkdevils

Die 3 lustigen 4

Die Zwerge

Tangermünde Power

Köthener Keiler

Die Hustensaftschmuggler

Gummibärenbande

Funky Haarausfall

Freiplatzerstörer

Der Schwarze und die Weißen

TGMD Mob

Muttis Lieblinge

aber auch: Ostfront und obszöne Teamnamen

Anhang D.

Statistische Daten aus einer Befragung von Teilnehmer/innen der Streetball-Finals in Berlin 1992/ 93

Alter	70 Prozent der Teilnehmer/innen sind zwischen 13 und 22 Jahre
Vereinsmitgliedschaft	etwa die Hälfte sind nicht Vereinsmitglieder
Andere Freizeitorde	bei den 13- bis 16-Jährigen kommen 75 Prozent von der Straße
Geschlecht	Mädchen sind in der Minderzahl

Kontaktadresse:

Sportjugend Sachsen-Anhalt

Thietmarstr. 18

39128 Magdeburg

Tel.: 0391. 2560112

Isb@sachsen-anhalt.de

Fragestellungen und Diskussion in den Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe 1:

Partizipation, Kooperation und Netzwerk im Quartier

Arbeitsgruppe 2:

Wie gelingt es, benachteiligte Kinder und Jugendliche zu beteiligen, die nicht in Verbänden oder Freizeiteinrichtungen integriert sind?

1. „Und jetzt beteiligen wir euch!“ Wer könnte das gesagt haben?

- Stadtplanung?
- Sozialarbeiter/in?
- Erkan, 17 Jahre?
- Jugendheim-Leiterin?
- Politiker?

Diskussion:

Es gibt unterschiedliche Expertensichten – wichtig ist, dass das Expertenwissen der Kinder und Jugendlichen im Vordergrund der Zielperspektive bleibt.

2. Was braucht Beteiligung?

- Struktur?
- Geld?
- Infrastruktur?
- Engagement?

Diskussion:

Für Kinder und Jugendliche geht es bei einer Beteiligungsaktion nicht nur um das Ergebnis, sondern auch darum, was sie im gesamten Beteiligungsprozess erleben. Beteiligung muss zum Engagement motivieren, soll Spaß machen. Partizipation kann in der Gruppe mit den anderen Spaß bringen, es wird erlebt, wie das Zusammenspiel mit Gleichaltrigen funktioniert, welche Konflikte es dabei gibt, wie sich die Beziehungen zu den Erwachsenen gestalten und wie Kinder oder Jugendliche sich selbst mit ihren Fähigkeiten in den Prozeß einbringen können.

Deshalb ist die Transparenz der Strukturen und Verbindlichkeiten von Partizipationsprojekten sehr wichtig. Die Sichtweisen der jugendlichen Bewohner/inner müssen in den Prozess der Beteiligung miteinbezogen werden. Darüber hinaus müssen Strukturen geschaffen wer-

den, die eine Nachhaltigkeit des Projekts garantieren.

Beteiligungsprojekte sollen Freiräume für das Engagement von Kindern und Jugendlichen schaffen, sie sollen ihnen ihre Lebenswelten „präsent“ machen und ihnen die Rück-Eroberung des öffentlichen Raumes ermöglichen. Die Kooperation und Vernetzung mit allen regionalen öffentlichen Akteuren ebenso wie informellen Akteuren ist das Kernstück jedes Beteiligungsprojekts. Vor allem für Jugendliche am Übergang von Schule zu Beruf ist die Einbeziehung des lokalen Mittelstands und der lokalen Wirtschaft wünschenswert.

3. Das Thema Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist ...

- ... ein alter Hut?
- ... ein Chance für neue Entwicklungen?
- ... neuer Wein in alten Schläuchen?
- ... ein weiterer Schritt in die richtige Richtung?

Diskussion:

Das Thema Partizipation sollte im Leitbild der Träger in den Einrichtungen der Jugendsozialarbeit verankert sein und von den Mitarbeiter/innen als Prinzip der pädagogischen Arbeit verstanden werden. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist in der konkreten, alltäglichen Jugend(sozial)arbeit immer wieder mit zu bedenken. Partizipation basiert auf einer demokratischen Grundhaltung, die Eigenverantwortung fordert und fördert, es ist ein aktuelles Paradigma, aber auch eines, das noch nicht überall den Weg von der selbstverständlich benutzten Rhetorik in die konkrete Praxis der sozialen Arbeit gefunden hat.

Statt dessen wird es oft als neues Modethema verhandelt, das v.a. für Politiker/innen zum Imagegewinn benutzt wird. Dabei sind medienwirksame „Events“ für Kinder und Jugendliche nur kurzfristig wirksam. Beteiligungsangebote und -initiativen sollen aus dem Alltag der Kinder und Jugendlichen entwickelt werden und auf ihren Alltag positiv zurückreflektieren. Nur so schafft Beteiligung auch die gewünschte soziale Identifikation mit dem Stadtteil. Eine differenzierte (auch kritische) Betrachtungsweise ist wünschenswert, denn hinter dem Schlagwort „Beteiligung“ verbergen sich oft neue soziale Standards, die sich z.T. negativ auf Transferleistungen von benachteiligten Bürger/innen niederschlagen können.

Zusammenfassend wird das Thema Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als „ein alter Hut mit der Chance auf neue Entwicklungen und neue Formen“ eingeschätzt.

4. Was brauchen freie Träger für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen? Welche Bedeutung hat die Bundesebene der freien Träger in diesem Zusammenhang?

- Methodenkoffer?
- Fachlichkeit?
- Eigene Ressourcen?
- Verlässliche lokale Strukturen?

Diskussion:

Die freien Träger arbeiten auf der Grundlage des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, in dem eine bestimmte Fachlichkeit festgeschrieben ist. Darüber hinaus aber brauchen sie unabhängig von einer in der Praxis erprobten Fachlichkeit, die Verankerung des Themas Partizipation in den Leitbildern auf Bundesebene, die für alle Gültigkeit haben und sich in den Strukturen wiederfinden. Das Thema sollte als Querschnittsaufgabe betrachtet werden, die auf Tagungen bearbeitet wird und selbstverständlich in Konzepte einfließt. Durch das Festschreiben des Themas Partizipation kann ein Paradigmawechsel weiter voranschreiten. Einrichtungen der freien Träger können Bedingungen schaffen, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen im breiten Rahmen ermöglicht. Durch eine erfolgreiche gesellschaftliche und politische Lobbyarbeit im Rahmen von vernetzten Strukturen oder Kooperationen auf Bundesebene wie im Quartier kann es gelingen, Partizipation durchzuführen und als Prinzip zu verankern.

In diesem Zusammenhang besteht ein Bedarf an Qualifizierungsangeboten auch und gerade für die Mitarbeiter/innen der freien Träger. Daher ist es wichtig, das Thema Partizipation in sozialpädagogischen Aus- und Weiterbildungen aufzunehmen. Leider wird dies noch unzureichend in den entsprechenden Angeboten berücksichtigt, das Thema muss noch durchgesetzt und in den erzieherischen Leitbildern verankert werden.

Allgemein braucht es einen Wandel der Einstellung, der eine strukturelle Veränderung der Verbände als Notwendigkeit sieht („Nicht die Kinder und Jugendlichen müssen sich ändern, sondern die Verbände!“) und das Profil eines freien Trägers durch Partizipationsansätze gestärkt sieht.

Nicht nur die Mitgliederakquise darf im Vordergrund der Arbeit stehen, ein uneigennütziges Engagement ist gerade bei der Beteiligung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen gefordert. Allerdings müssen, damit die Dachverbände spezifische Angebote für Kindern und Jugendliche besonders fördern (können), und dies bedarf in Teilbereichen neue Förderregu-

larrien vom Bund. Partizipation von Kindern und Jugendlichen sollte im Rahmen von Leistungsbeschreibungen bei den Trägern Eingang finden, ein vom Träger selbst geforderter Qualitätsstandard werden und in projektbezogenen Qualitätsdebatten eingebracht werden.

Initialfragen durch Sandra Scheeres und Rainer Schwarz, Regiestelle E&C.

Autor/Innen

Nursel Balci

Diplom-Sozialarbeiterin, Mitarbeiterin des Projektes JULIUS B./ Quartiersmanagement Schalke-Nord, Arbeitsfeld: Aufsuchende Betreuung- und Aufklärungsarbeit, Bedarfsermittlung und Dokumentation, Kontaktvermittlung, Aktivierung und Betreuung nachbarschaftlicher Unterstützungspotentiale, Betriebsorganisation des Stadtteilladens.
Berufspraxis: Sozialbetreuung von Jugendlichen bei der AWO Gelsenkirchen.

Matthias Bartscher

Kinderbeauftragter der Stadt Hamm, Stadtteilkordinator Hamm-Norden; Veröffentlichungen, Seminarleitung, Organisationsentwicklung zu den Themenbereichen Kinderrechte, Partizipation und Stadtteilarbeit.

Matthias Loerke

Geschäftsführer der Sportjugend Sachsen-Anhalt

Martin Schabler

Diplom-Geograph, Leiter des Projektes JULIUS B. in der freien Trägerschaft des Bauvereins Falkenjugend Gelsenkirchen e.V., Arbeitsfeld: Entwicklung und Koordination lebensweltbezogener Hilfssysteme für Jugendliche und Kinder, Vernetzung sozialer Arbeit und Betreuung bewohnergetragener Projekte und Aktivitäten. Berufspraxis: Projektmitarbeiter im südlichen Afrika

Ursula Winklhofer

M.A., Diplom-Sozialpädagogin, Deutsches Jugendinstitut München

Bernhard Wittke

Projektleiter mobiles Streetball-Projekt

Literatur

- AGJ – Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (Hg.) (1997): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Dokumentation einer Fachtagung am 2./3.12.1996 in Köln, Bonn
- APEL, Peter; PACH, Reinhard (1997): Kinder planen mit. Stadtplanung unter Einbeziehung von Kindern, Unna
- BARBER, Benjamin (1994): Starke Demokratie: Über die Teilhabe am Politischen, Hamburg
- BARTSCHER, Matthias (2001): Politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen: Chancen und Grenzen - Ermutigung zur Partizipation in der Stadtteilarbeit [dieser Text ist als Download unter der Internetadresse http://www.eundc.de/download/qm_starter.pdf zu erhalten]
- BARTSCHER, Matthias (1998): Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik, Freiburg
- BECK, Ulrich (1993): Die Erfindung des Politischen, Frankfurt/M.
- BECK, Ulrich (1991): Politik in der Risikogesellschaft, Frankfurt
- BLANKE, Hedwig/ HOVENGA, Brigitte/ WAWRZICZNY, Silvia (Hg.) (1993): Handbuch Kommunale Kinderpolitik. Ansätze, Anregungen und Erfahrungen konkreter Kinderpolitik, Münster
- BLINKERT, Baldo (1993): Aktionsräume von Kindern in der Stadt, Pfaffenweiler
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (1998): Zehnter Kinder- und Jugendbericht – Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland
- BRUNER, Claudia Franziska/ WINKLHOFER, Ursula/ ZINSER, Claudia: Partizipation - ein Kinderspiel? Beteiligungsmodelle in Kindertagesstätten, Schulen, Kommunen und Verbänden. Herausgegeben vom Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2001 [kostenfrei zu beziehen beim BMFSFJ und beim Deutschen Jugendinstitut e.V.]
- BRUNER, Claudia Franziska/ WINKLHOFER, Ursula/ ZINSER, Claudia: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung. Hg. vom Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), München 1999 [kostenfrei zu beziehen beim BMFSFJ und beim Deutschen Jugendinstitut e.V.]
- BRUNSEMANN, Claudia/ STANGE, Waldemar/ TIEMANN, Dieter (1997): mitreden – mitplanen – mitmachen. Kinder und Jugendliche in der Kommune. Hg.: Deutsches Kinderhilfswerk u.a., Berlin und Kiel.
- Bundesleitung der Katholischen Jungen Gemeinde KJG(Hg.) (1976): Nicht schweigen – handeln!. Ein Informations- und Aktionshandbuch zur Aktion der KJG, Düsseldorf
- DANNER, Stefan (2001): Wie stimmig sind die Ziele von Beteiligungsaktionen mit Kindern und Jugendlichen in der Kommune? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 44/2001, S. 24-30
- DEGEN-ZIMMERMANN, Dorothee/ HOLLENWEGER, Judith/ HÜTTENMOSE, Marco (1992): Zwei Welten. Zwischenbericht zum Projekt „Das Kind in der Stadt“, Zürich
- DKHW – Deutsches Kinderhilfswerk und Aktion Schleswig-Holstein – Land für Kinder (Hg.) (1997): mitreden – mitplanen – mitmachen, Kinder und Jugendliche in der Kommune, Berlin
- EICHHOLZ, Reinald (1997): Vom Versuch, eine rationale Politik für und mit Kindern zu machen. Erfahrungen eines Landeskinderbeauftragten. In: Evangelische Akademie Bad Boll (Hg.): Politik für Kinder. Bad Boll, S. 99-110.
- Evangelische Akademie Bad Boll (Hg.) (1997): Politik für Kinder. Tagung vom 11. bis 13. April. Protokolldienst 17/97, Bad Boll.
- Evangelische Akademie Loccum (Hg.) (1989): Politik für das Kind. Inhalte, Optionen, Instrumente. Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 22. bis 24. April 1988. Loccumer Protokolle 14/88, Loccum.
- FLADE, Antje/ Kustor, Beatrice (Hg.) (1996): Raus aus dem Haus: Mädchen erobern die Stadt, Frankfurt
- FLADE, Antje/ Kustor, Beatrice (Hg.) (1993): Mädchen in der Stadtplanung. Bolzplätze – und was sonst? Weinheim
- FRÄDRICH, Jana (1995): Mitreden – Mitmischen – Mitgestalten. Das Münchener Kinder- und Jugendforum, in: Sozialarbeit des Schweizerischen Berufsverbandes dipl. SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen, 27. Jahrgang, H. 9, Bern
- FREY, Karl (7/1996): Die Projektmethode. Der Weg zum bildenden Tun, Weinheim
- HARTWIG-HELLSTERN/ FRERCKS (1995): Kinderbürger. Über die politische Beteiligung von Kindern, Bonn
- HEINTEL, Peter/ KRAINZ, Ewald E. (1990): Projektmanagement: Eine Antwort auf die Hierarchiekrisis? Wiesbaden
- HERMANN, Michael C. (1997): Institutionalisierte Jugendparlamente: Über die Beteiligungsmotivation kommunaler Akteure – Formen, Chancen und Risiken. In: PALENTIEN, C./ HURRELMANN, K. (Hg.): Jugend und Politik. Neuwied: Luchterhand, S.315-334.
- HINTE, Wolfgang (1987): Sozialpolitik von unten. von der Gemeinwesenarbeit zur stadtteilbezogenen sozialen Arbeit; in: sozial extra, Februar/März 1987
- HOFFSTADT, Peter/ MALMEDE, Hans (1995): Vordenker und Vorläufer. Mitbestimmung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen im 20. Jahrhundert, in: MAGS 1995a

- HOHENAUER, Peter (1995): Spielplatzgestaltung, naturnah und kindgerecht, Wiesbaden/Berlin
- HONIG, Michael-Sebastian/ LEU, Hans Rudolf/ NISSEN, Ursula (1996): Kindheit als Sozialisationsphase und als kulturelles Muster. Zur Strukturierung eines Forschungsfeldes. In: HONIG, Michael-Sebastian/ LEU, Hans Rudolf/ NISSEN, Ursula (Hg.): Kinder und Kindheit. Soziokulturelle Muster – sozialisationstheoretische Perspektiven. Weinheim, München, S. 9-29.
- HÜTTENMOSE, Marco/ DEGEN-ZIMMERMANN, Dorothee (1995): Lebensräume für Kinder. Empirische Untersuchungen zur Bedeutung des Wohnumfeldes für die Entwicklung und den Alltag der Kinder, Zürich
- Institut für Landes- und Stadtteilentwicklungsfassung des Landes NRW (1999): Deutsche Entwurfsfassung des National Report im Rahmen des Forschungsprojektes Social Exclusion in European Neighbourhoods – Processes, Experiences und Responses, Dortmund
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.) (1997): Jugend 97: Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen, Opladen
- KARAS, Fritz/ HINTE, Wolfgang, (1978): Grundprogramm Gemeinwesenarbeit: Praxis des Lernens in offenen pädagogischen Feldern, Wuppertal
- KAUFMANN, Franz-Xaver/ LÜSCHER, Kurt (1979): Wir brauchen eine Politik für Kinder. In: Neue Sammlung, 19, S. 222-233.
- KRIENER, Martina (1999): Beteiligung als Chance für mehr Demokratie in der Heimerziehung. In: Kriener, M./ Petersen, K. (Hg.) : Beteiligung in der Jugendhilfepraxis – Sozialpädagogische Strategien zur Partizipation in Erziehungshilfen und bei Vormundschaften, Münster
- MAGS – Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (1997): Tagungsdokumentation „Kinderrechte! Kinderpflichten?“, Düsseldorf
- MBW – Ministerium für Bauen und Wohnen des Landes NRW (Hg.) (1993): Bau- und Wohnhitz von Kids, Unna
- MEYER, Thomas (1995): Kinder und Politik, in: MAGS 1995
- MEYER, Thomas (1994): Die Transformation des Politischen, Frankfurt
- Projektgruppe Danziger Straße (1993): Dokumentation eines Projektes „Erarbeitung eines kinderfreundlichen Gestaltungsvorschlages für das Wohnumfeld der Häuser Danziger Straße durch die Anwohner“, in: Blanke u.a. 1993
- SCHMIDT-GRUNERT, Marianne (1997): Soziale Arbeit mit Gruppen. Eine Einführung, Freiburg
- SCHRÖDER, Richard (1996): Freiräume für Kinder(träume, Weinheim
- SCHRÖDER, Richard (1995): Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und Stadtgestaltung, Weinheim
- SCHROER, Jürgen (1997): Pflichten ... in der Öffentlichkeit?, in: MAGS 1997
- Stadt Hamm (Hg.)(2001): Aktivierende Befragung von Jugendlichen im Hammer Norden zu ihrer sozialräumlichen Situation – Ergebnisbericht (Bearbeitung: Sylvia Monzel); Hamm
- Stadt Hamm (Hg.) (1997): Städtebauliche Rahmenplanung Hamm-Norden – Textliche Erläuterungen, Hamm
- STANGE, Waldemar (Hg.: Deutsches Kinderhilfswerk und Aktion Schleswig-Holstein – Land für Kinder) (1997): Planen mit Phantasie – Zukunftswerkstatt und Planungszirkel für Kinder und Jugendliche, Berlin
- SÜNKER, Heinz/ SWIDEREK, Thomas (1997): Partizipation hat Konjunktur. Kinderpolitik, Kinderrechte und Partizipation von Kindern, in: AGJ 1997
- WINKLHOFER, Ursula (2001): Wollen sich Kinder beteiligen? Erfahrungen mit Partizipationsangeboten aus der Sicht der Kinder. In: COLBERG-SCHRADER, Hedi/ OBERHUEMER, Pamela (Hg.): Aufwachsen von Kindern – private und öffentliche Verantwortung. Baltmannsweiler, S. 162-176.
- WINKLHOFER, Ursula/ SCHNEIDER, Helmut (1998): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Ein Literaturbericht. In: Deutsches Jugendinstitut (Hg.): Literaturreport 1997. München, S. 123-191
- WOLF, Klaus (2000): Heimerziehung aus Kindersicht als Evaluationsstrategie; in: Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V.: Heimerziehung aus Kindersicht, München

Zielgruppenkonferenz der aus dem KJP geförderten bundeszentralen freien Träger

Thema: Partizipation von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in E&C-Gebieten – Chancen für neue Entwicklungen?!

Veranstalter: Stiftung SPI, Regiestelle E&C im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Datum: 10. und 11. Dezember 2001

Ort: Anthroposophisches Zentrum Kassel
Wilhelmshöher Allee 281
34131 Kassel

Montag, 10. Dezember 2001

16.00 Uhr Tagungsbüro/Garderobe geöffnet
Kaffee

16.30 Uhr **Begrüßung und Einführung in das Thema: Was bedeutet: „Beteiligung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen im Sinne von E&C“**
Hartmut Brocke, Direktor, Stiftung SPI

Nachfragen/Diskussion

17.00 Uhr **Entwicklung des Partizipationsdiskurses und seiner Zielsetzungen – Gütekriterien bei der Beteiligung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen**
Ursula Winklhofer, wissenschaftliche Referentin, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Nachfragen/Diskussion

18.00 Uhr Pause

18.15 Uhr **Ermutigung zur Partizipation in E&C- Gebieten – Bericht über die Erfahrungen und Benennen von Chancen für die freien Träger**
Matthias Bartscher, Kinderbeauftragter der Stadt Hamm,
Stadtteilkoordinator Hamm-Norden

Nachfragen/Diskussion

19.15 Uhr Ende

20.00 Uhr Abendessen
Restaurant „la galleria“ im ATRIUM,
Wilhelmshöher Allee 262

Dienstag, 11. Dezember 2001

9.00 Uhr Tagungsbüro/Garderobe geöffnet
Kaffee

9.30 Uhr Kurzvorstellung der Arbeitsgruppen

9.45 Uhr Beginn der Arbeitsgruppen

**Arbeitsgruppe 1: Partizipation, Kooperation und Netzwerk im Quartier:
„Und jetzt beteiligen wir Euch – Erfahrungen aus dem Quartiersmanagement
in Gelsenkirchen Schalke Nord“**

Martin Schabler, Projektleiter und Nursel Balci, Mitarbeiterin,
Jung sein und Leben in unserem Stadtteil Bismarck/Schalke Nord (Julius B)
Bauverein Falkenjugend Gelsenkirchen e.V.

Diskussion/Erfahrungsaustausch

**Arbeitsgruppe 2: Wie gelingt es, benachteiligte Kinder und Jugendliche zu
beteiligen die nicht in Verbänden oder Freizeiteinrichtungen integriert sind?
„Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in einer
Trendsportart“**

Matthias Loerke, Geschäftsführer, Sportjugend Sachsen-Anhalt
Bernhard Wittke, Projektleiter, mobiles Streetball Projekt

Diskussion/Erfahrungsaustausch

12.15 Uhr Pause

12.30 Uhr **Thesen in der Diskussion**
**Podiumsdiskussion mit dem Plenum zu den Positionen der Arbeitsgruppen
und Reflexion von Partizipationsaktivitäten der eigenen Organisation**
Matthias Bartscher, Ursula Winklhofer und Hartmut Brocke

14.00 Uhr Ende

Teilnehmer/innen

Nr.	Nachname	Vorname	Institution	Strasse	Stadt	Telefon	email
1	Balci	Nursel	Referentin, Bauverein Falkenjugend	Greitenstieg 4	45889 GE	0209-899266	juliusb@aol.com
2	Bartscher	Matthias	Referent, Stadt Hamm	Straßburger Str. 8	Hamm	02381-26427	Bartscher@addcom.de
3	Bibi	Herr G.	BAG ORT	Emmastr. 16-20	40227 Düsseldorf	0211-7200011	bibi@jbh.de
4	Biewers	Sandra	AWO Bundesverband	Oppelner Str. 130	53119 Bonn	0228-6685253	biw@awobu.awo.org
5	Brocke	Hartmut	Stiftung SPI				registelle@eundc.de
6	Engel	Matthias	AWO Bundesverband	Oppelner Str. 130	53119 Bonn	0228-6685253	eng@awobu.awo.org
7	Henseleit	Jens	Outward Bound	Berghausstr. 1	87645 Schwangau	08362-982229	zab@outwardbound.de
8	Hopmann	Horst	Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben	Besenbinderhof 60	20097 Hamburg	040-2840160	aul_hh@weiterbildung.com
9	Iser	Angelika	ev. Trägergruppe für gesellschaftliche Jugendbildung	Hartmeyerstr. 25	72076 Tübingen	07061-24815	angelika.iser@t-online.de
10	Kosgin	Aziz	SJD Die Falken	Kaiserstr. 27	53113 Bonn	0228-221055	sjd.die.falken.buvo@t-online.de
11	Laubach	Hermann	BAG Kath. Jugendsozialarbeit	Carl-Mosterts-Platz 1	40477 Düsseldorf	0211-9448512	laubach@jugendsozialarbeit.de
12	Lehmann	Marcus	Bezirksamt Mitte	Reinhardtstr. 31	10117 Berlin	030-28384410	kinder-undjugendbueroMitte@t-online.de
13	Loerke	Matthias	Sportjugend Sachsen-Anhalt, Geschäftsführer	Thietmarstr. 18	39128 Magdeburg	0391-2560112	lsb@sachsen-anhalt.de
14	Ludewig	Jürgen	DRK Generalsekretariat	Carstennstr. 85	12205 Berlin	030-85404237	ludewigi@drk.de
15	Merkens	Kerstin	Drehscheibe Kinderpolitik	Kremmener Strasse 9-11	10435 Berlin	030-4423718	drehscheibe-kinderpolitik@stiftung-spi.de
16	Meunes	Bernhard	Landessportbund NRW	Friedrich-Willfred-Str. 25		0203-7381647	bernhard.meunes@lsb-nrw.de
17	Müller	Ingrid	IJAB e.V.	Heussallee 30	53113 Bonn	0228-9506230	mueller@ijab.de
18	Munko	Stefan	MNS GbR				mns-online@web.de
19	Riesling-Schärfe	Dr. Heike	Stiftung SPI	Nazarethkirchstr. 51	13347 Berlin	030-4579860	registelle@eundc.de
20	Schabler	Martin	Referent, Bauverein Falkenjugend	Greitenstieg 4	45889 GE	0209-899266	juliusb@aol.com
21	Scheeres	Sandra	Stiftung SPI	Nazarethkirchstr. 51	13347 Berlin	030-4579860	registelle@eundc.de
22	Schwartau	Simone	MNS GbR				mns-online@web.de
23	Schwarz	Rainer	Stiftung SPI	Nazarethkirchstr. 51	13347 Berlin	030-4579860	registelle@eundc.de
24	Steimle	Hans.-E.	BAG ev. Jugendsozialarbeit	Wagenburgstr. 26-28	70184 Stuttgart	0711-1648922	steimle@bageisa.de
25	Völger	Heike	Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe	Mühlendamm 3	10178 Berlin	030-40040200	agj@agj.de
26	Weigt	Werner Paul	Internationaler Bund	Burgstr. 106	60389 Frankfurt a.M.	069-94545222	werner.weigt@internationaler-bund.de
27	Wichert	Heiko	Platzmanagement Alexanderplatz	Karl-Liebnecht-Str. 13	10178 Berlin	030-24045640	platzmanagement.alexanderplatz@gmx.de
28	Winklhofer	Ursula	Referentin, DJI	Nockherstr. 2	81541 München	089-62306227	winklhofer@dji.de
29	Wittke	Bernhard	Sportjugend Sachsen-Anhalt, Projektleiter	Thietmarstr. 18	39128 Magdeburg	0391-2560112	streetball-sjsa@freenet.de